Keramischer Bund

Wochenblatt für den keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 41 | **Berlin, den 11. Oktober 1930** | **5. Jahrgang**

Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung.

Entlastung der Besitzenden — Schröpfen der Besitzlosen.

Wie eine große Kältewelle bringt die Krise unser Wirtschaftsleben zur Erstarrung. Dazu kommen noch Stürme, die die politischen Leidenschaften hochpeitschen wie die Wogen einer stürmischen See. Genug Schaden ist schon angerichtet worden, aber anscheinend genügt er noch nicht. Die Reichsregierung trägt nun auch noch ihr Teil dazu bei, die erregten Gemüter noch aufzustacheln. Sie gibt Pläne bekannt über ein Finanz- und Wirtschaftsprogramm, das Millionen von arbeitenden Menschen mit Erbitterung erfüllen muß. Wir wollen gar nicht verkennen, daß die Regierung die Pflicht hat, den Etat in Ordnung zu bringen und die Nöte der Zeit zu lindern, soweit das in ihren Kräften steht; aber daß der Reichshaushalt nun auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Schonung des Besitzes ins reine gebracht werden soll, kann die werktätige Bevölkerung nicht als gerecht anerkennen. Diese einseitige Handlung wirkt direkt aufreizend.

Der Reichsregierung fehlen 900 Millionen Reichsmark im Haushalt für das Jahr 1930. Der Fehlbetrag soll in den nächsten drei Jahren gedeckt werden. Deshalb hält es die Reichsregierung für notwendig, die Beamtengehälter zu kürzen, die Ueberweisungen an die Länder einzuschränken, die Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat loszulösen, Abstriche am Reichshaushalt zu machen und die Tabaksteuer zu erhöhen.

Die Kürzung der Beamtengehälter ist so gedacht, daß alle Dienstbezüge der Reichsbeamten, die Bezüge der Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger um 6 Proz. auf die Dauer von drei Jahren, und die hohen Gehälter um 20 Proz. gekürzt werden. Die Freigrenze liegt bei 1500 RM.

Die Reichsregierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der die Darlehnspflicht des Reiches gegenüber der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufhebt. Die Arbeitslosenversicherung wird sich selbst überlassen und soll ihre Unterstützungsgelder durch eine Beitragserhöhung auf 6½ Proz. hereinbringen. Die Beitragserhöhung tritt schon am 6. Oktober in Kraft. Damit wird auch erreicht, daß die Gemeinden die Arbeitslosenlasten zu einem großen Teil mittragen. Die Leistungen der Krisenfürsorge will die Regierung weiter erheblich herabsetzen, die Bedürftigkeitsprüfung verschärfen und die Sätze denen der Wohlfahrtsfürsorge angleichen. Der ganze Plan soll für die Arbeitslosenversicherung die Wirkung haben, daß bei der steigenden Arbeitslosigkeit die Versicherung keine Gelder mehr hat, vom Reich aber auch keine bekommt und so zugrunde gehen muß, wie es ja so viele satte Nichtstuer wünschen.

Die Abstriche im Reichsetat werden auch die Position für soziale und kulturelle Aufgaben treffen. Wenn die Regierung schon so deutlich wird, ist sicher, daß auch damit der werktätigen Bevölkerung etwas weggenommen wird.

Eine geradezu verhängnisvolle Maßnahme mit erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen wird die Ankündigung der Reichsregierung auf Einschränkung des Wohnungsbaues und Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft haben. Am 1. April 1936 soll es keine öffentlichen Mittel mehr für den Wohnungsbau und keinerlei Mieterschutz mehr geben.

Die Hauszinssteuer betrug in den letzten Jahren rund 1600 Millionen Reichsmark, davon wurden bisher 800 bis 850 Millionen Reichsmark für den Wohnungsbau verwendet. 450 Millionen Reichsmark sollen nun dem Wohnungsbau entzogen werden und sollen den Gewerbetreibenden, Kapitalisten und Grundbesitzern als Steuernachlaß, also als Geschenk, gegeben werden.

Die Gemeinden bekommen auch ihre Zuweisungen gekürzt, die Gemeindebeamten auch ihre Gehälter beschnitten, und das kommende Steuervereinheitlichungsgesetz soll so werden, daß die Reichen geschont und die Armen gehörig belastet werden.

Für die nächsten drei Jahre dürfen die Gemeinden, ebensowenig wie Reich und Länder, nicht über das Mindestmaß von Ausgaben hinausgehen; es darf keine Erhöhung der Etats eintreten, und es ist zu sparen, trotz der anschwellenden Not infolge der steigenden Arbeitslosigkeit.

Was wird nun die Folge dieses Finanz- und Wirtschaftsplanes der Reichsregierung sein? Was will sie bezwecken?

Die Gehaltsherabsetzung der Beamten soll sich auch auf die Privatwirtschaft ausdehnen und der vom Unternehmertum verlangte Lohnabbau dadurch gefördert werden. An die Preise geht die Regierung wohlweislich nicht heran, da hütet sie sich. Das ist heißes Eisen für sie und träfe ja schließlich besitzende Kreise. Die hat ja die Regierung zu schonen. Das geht deutlich aus ihren Maßnahmen hervor. Die Lohnempfänger werden aber hierin der Regierung nicht den Willen tun und sich Lohnherabsetzungen gefallen lassen, solange diese Preispolitik in Deutschland gedultet und unterstützt wird.

Deutlich ist aus diesem Regierungsprogramm zu ersehen, daß Vertreter der Wirtschaftspartei daran mitgearbeitet haben. Die freie Wohnungswirtschaft soll kommen. Die Hausbesitzer wollen wieder frei sein im Verdienen. Die hohen Mietsätze locken. Die Hypotheken sind zum größten Teil abgestoßen, nun will man doch auch auf bequeme Weise seine gesteigerte Rente dafür, daß man nichts tut. Der Handel zieht unermeßlich hohe Verdienste aus seinen Geschäften, die Geldverleiher stecken hohe Zinssätze ein, alle leben sie herrlich und in Freuden, da kann doch der Hausbesitz nicht länger neidlos zusehen, da muß er doch auch beteiligt sein, sonst geschieht ihm doch unrecht. Deshalb her mit der freien Wohnungswirtschaft, damit die Hausbesitzer die Not des Volkes ausnutzen können, ist der Zweck des Regierungsplanes. Ist das nicht der reinste Hohn, wenn man sieht, wie es die Kreise treiben, die vorgeben, mit ihren diesbezüglichen Forderungen den Staat und die Wirtschaft retten zu wollen. Wenn es tatsächlich mit der Wohnungswirtschaft dahin kommt, wie es die Reichsregierung plant, werden wir Mieten erhalten, die die Leute um Brot zu den kapitalkräftigsten Kreisen Deutschlands macht. Bei der Freigabe der Ladenmieten haben wir ja die Vorboten einer freien Mietwirtschaft kennengelernt. Wenn da die Gerichte nicht eingegriffen hätten, wären die Hausbesitzer unersättlich im Festsetzen der Mieten gewesen. So wird es kommen, wenn die volle Freiheit für den Hausbesitz geschaffen ist.

Man mag die Regierungspläne noch so oft ansehen, etwas Gutes für die Arbeiter, Angestellten und Beamten ist nicht darin zu finden. Die soziale Reaktion, die in ihnen enthalten ist, kann man am deutlichsten erkennen. Den Nichtbesitzenden wird das meiste weggenommen, und Interessenten bekommen Millionenbeträge auf direkte und indirekte Art in die Tasche geschoben. Man sollte doch annehmen, in Notzeiten, die unzweifelhaft bestehen, müßten alle Kreise bemüht sein, für den Staat zu opfern. Das ist jedoch nicht der Fall. Gerade die werden geschont, die bisher am besten verdient haben.

Das Gebaren, was insbesondere die Vertreter der Wirtschaftspartei in der Regierung an den Tag legen, ihr Auftreten gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Gemeindestuben, Rathäusern, Landtagen und im Reichstag, ihre unersättliche Geldgier auf Kosten anderer, ihre Rücksichtslosigkeit gegen die Erwerbslosen, ihre abgrundtiefe Abneigung gegen alle sozialen Einrichtungen des Staates, besonders der Arbeitslosenversicherung, sollten von der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft etwas mehr beachtet werden. Wenn die Anhänger der Wirtschaftspartei eine so reaktionäre und haßerfüllte Haltung gegen die arbeitende Bevölkerung insgesamt in den Parlamenten einnehmen, so sollten die Hand- und Kopfarbeiter aller Richtungen gleiches mit gleichem vergelten und ihr Geld, ihre Kaufkraft nur in den Eigenunternehmungen umsetzen. Damit bekommen die Konsumvereine auch die Größe, daß sie sich ausbauen und entwickeln können, und die Hausfrauen brauchen ihre schärfsten Wirtschaftsgegner nicht mehr durch ihren Besuch zu politischen und wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen provozieren, wie sie im Plan der Regierung Brüning zum Ausdruck kommen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben eine wichtige Waffe mit ihrer Kaufkraft in der Hand, mögen sie die richtig anwenden, dann lassen die Vertreter der Wirtschaftspartei und die des Handels schon eher einmal mit sich reden, dann spielen sie sich nicht mehr als die wildgewordenen Sozialreaktionäre auf. Man zahle ihnen die Stöße auf den Magen, die sie den ärmeren Volksschichten erteilen, auf diese Weise heim. Die wollen es ja so haben. Wenn sie unsere Kaufkraft so wegwerfend behandeln, wenn sie uns diese Behandlung angedeihen lassen, dann müssen wir uns schon etwas energischer zur Wehr setzen und zur Selbsthilfe in allen Fällen greifen, sonst werden die Sozialreaktionäre immer frecher.

Diese Lehre müssen wir als Arbeiter und Arbeiterinnen in erster Linie aus dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Regierung Brüning ziehen.

Dazu muß noch gesagt werden, daß die geplanten Regierungsmaßnahmen das Uebel nicht an der Wurzel treffen. Unsere Wirtschaft krankt an übersetzten Preisen infolge des übermäßigen Handels. Die hohen Zwischengewinne verteuern die Kleinhandelspreise ungemein. Unsere hohen Zinssätze belasten unsere Gesamtwirtschaft in außerordentlichem Maße. Unsere Produktionsstätten laufen zum Teil leer und sind nicht rentabel genug, weil sie ihre Erzeugnisse nicht an den Mann bringen. Der Absatz ist zu gering, weil die Menschen nicht genügend Kaufkraft besitzen. Das sind, kurz gesagt, die Hauptkrankheitssymptome.

In dem Regierungsplan ist nicht eine Maßnahme angedeutet, die erkennen läßt, daß damit auch nur einem Krankheitskeim zu Leibe gerückt würde. Der Finanz- und Wirtschaftsplan wird deshalb unser Wirtschaftsübel nicht beseitigen, wenn er Wirklichkeit werden sollte.

Die Gewerkschaften können so etwas nicht gutheißen oder etwa eine wohlwollende Stellung dazu einnehmen. Sie müssen diese rückständigen Ideengänge bekämpfen, weil damit unmöglich die deutsche Wirtschaft eine Anregung oder einen Vorteil haben kann. Die Entwicklung wird unsere Auffassung bestätigen. Auf diese Weise rettet die Regierung Brüning die deutsche Wirtschaft nicht. Das werden wir nur zu bald merken.

Ist Lohnsenkung wirtschaftlich notwendig?

Um einen neuen Auftrieb der Wirtschaft zu ermöglichen, sollen die Löhne herabgesetzt werden. Diese Ansicht ist in jüngster Zeit nicht nur von seiten der Arbeitgeber, sondern auch von vielen Volkswirtschaftern vertreten worden. So suchen z. B. im jüngsten Heft der „Internationalen Rundschau der Arbeit" (Bd. 12, Nr. 2) zwei englische Autoren nachzuweisen, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Folge einer Ueberhöhung der Reallöhne sei, die in Großbritannien allerdings nicht auf Erhöhung der Nominallöhne zurückgehe — welche dort seit vielen Jahren sinken —, sondern auf eine Senkung der Preise, die ihrerseits wieder durch die Währungspolitik veranlaßt worden sei. Die Festigkeit der Löhne habe zwar nicht die Wirtschaftskrise heraufbeschworen, doch habe sie die Lage verschlimmert. Die Preissenkung ging ganz zu Lasten der Gewinne, so daß Grenzunternehmungen (deren Betriebseinrichtungen nicht auf der Höhe der Zeit stehen) zum Verschwinden gebracht werden, und andere Unternehmungen ihre weniger gewinnbringenden Abteilungen stillegen. Wären die Löhne elastischer, so würde sich die Wirtschaft rascher erholen. Die Senkung der Nominallöhne sei notwendig, um eine Herabsetzung der Preise und damit eine größere Aufnahmefähigkeit der Märkte zu ermöglichen. Hierdurch würde zwar im Anfang eine Verschärfung der Krise bewirkt, weil sinkende Löhne mit sinkendem Verbrauch verbunden sind; aber die Preise würden später der inländischen Lohnhöhe wieder angeglichen werden, und der Absatz würde seinen früheren Umfang wieder annehmen.

Diese Gedankengänge sind in mancher Hinsicht unzutreffend. Wenn die Rentabilität der Wirtschaft zu gering erscheint und deshalb ihre Steigerung durch Lohnsenkung herbeigeführt wird, so wäre der Erfolg davon durch eine auf die Lohnsenkung folgende Preissenkung mindestens wieder in Frage gestellt, immer vorausgesetzt, daß die sonstigen Produktionskosten auf gleicher Höhe bleiben. Dazu kommt aber noch ein anderer Umstand, der durch die Tatsachen und namentlich auch statistisch erwiesen ist. Die Senkung der Erzeugerpreise zieht in keinem Fall eine Senkung der Verbrauchspreise in gleichem Maße nach sich. Die Kleinhandelspreise sinken bedeutend weniger als einer erfolgten Senkung der Großhandelspreise entsprechen würde. Im erwähnten Artikel der „Internationalen Rundschau der Arbeit" selbst werden die Veränderungen der Großhandelspreise und der Kosten der Lebenshaltung in Großbritannien angeführt; letztere entsprechen in der Hauptsache den Veränderungen der Kleinhandelspreise der Massenkonsumgüter. Von 1924 bis 1929 sanken die Großhandelspreise um 25 Proz., die Kosten der Lebenshaltung gingen jedoch bloß um 8 Proz. zurück. Ein ähnliches Mißverhältnis besteht auch in Deutschland und anderwärts. Den Vorteil von Senkungen der Erzeugerpreise haben also in erster Linie nicht die Konsumenten, sondern die Händler. Verspricht man den Arbeitern, eine Lohnsenkung werde durch eine darauffolgende Preissenkung wieder ausgeglichen werden, so ist das ein faules Versprechen.

Gesenkte Löhne bedeuten vielmehr so lange eine verminderte Kaufkraft der Arbeiterschaft, bis durch eine neue Lohnerhöhung der Ausfall wieder ausgeglichen ist. Eine Preissenkung könnte den Ausgleich nur dann herbeiführen, wenn sie bedeutend über das Maß der Lohnsenkung hinausginge, was nur dann zu erwarten wäre, wenn ausgiebige Verbesserungen der Produktionstechnik stattfänden. Die Fortschritte der Rationalisierung haben in Deutschland, wo sie größer als in anderen Ländern Europas waren, kaum eine Verbilligung der Massenverbrauchsgüter veranlaßt.

Gegen eine Lohnsenkung als Mittel zur Herbeiführung eines Auftriebes der Wirtschaft sprechen starke wirtschafts- und sozialpolitische Bedenken. Allerdings wird in den Kreisen der Unternehmer und der ihnen nahestehenden Volkswirtschafter bisher gewöhnlich nicht eingesehen, daß der Lohn auch eine andere Bedeutung haben könnte als die eines Unkostenanteils, der tunlichst gering zu halten sei. Solange dieser Grundsatz gilt, wird aus der Sackgasse nicht herauszukommen sein. Ebenso hält man an dem hohen Preis für das einzelne Produkt fest, anstatt einen größeren Umsatz zu erstreben, der kleine Gewinne häuft. Die Befruchtung der Produktion durch Kaufkrafterhöhung wird als ein zu langer und unsicherer Weg betrachtet — schließlich wird er aber doch gegangen werden müssen.

In Großbritannien, wo schon seit 1921 Lohnkürzungen überwiegen (Ausnahmen waren nur die Jahre 1924 und 1926), ist die Wirtschaftskrise von längerer Dauer und größerer Schwere als in Deutschland, wo in der Zeit nach der Inflation die Löhne stiegen. Dieser Umstand beweist ebenfalls, daß mit Lohnsenkungen der Wirtschaft nicht geholfen werden kann, daß sie auch nicht geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, die in Großbritannien fast stets größer war als in Deutschland. Es ist übrigens bemerkenswert, daß in Großbritannien in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit der Umfang der Produktion zunahm (Meßziffer 1924 100, 1929 etwa 115), und daß selbst die Exportziffern zu einer wenn auch geringen Steigerung neigten. Ein Abfall setzte erst gegen Ende 1929 ein. Ebenso ergeben in Deutschland die Produktions- und Umsatzziffern der letzten Jahre bis in den Herbst 1929 hinein das Bild einer stetig wachsenden Ausbeute mit dauernd höherem Wirkungsgrad der Arbeit. Die schweren Störungen der Wirtschaft, die sich Ende 1929 zu zeigen begannen, hatten ihre Ursache nicht so sehr in Mängeln der kapitalistischen Produktions- und Absatzgestaltung als in Auswüchsen des Finanzwesens, in der enormen Kapitalverwässerung und Ueberspekulation der vorausgegangenen Jahre, die besonders in Amerika und Großbritannien zahlreiche Zusammenbrüche im Gefolge hatten.

Dr. F.

Wie lange noch Kartellwucher?

Selbst die gegenwärtige Regierung muß zugeben, daß die künstliche Hochhaltung der Preise durch Kartelle und Monopole wesentlich zur Verschärfung der Krise beiträgt. Die Hauptstütze dieser Regierung ist aber das Unternehmertum. Ihr Vorgehen gegen den Kartellwucher läßt darum jede Entschlossenheit vermissen.

Die Regierung Brüning hat auf Grund des Artikels 48 eine Notverordnung erlassen, die ihr ermöglicht, gegen „unwirtschaftliche Preisbindungen" durch Kartelle einzugreifen. Statt rasch zu handeln, wurde zunächst ein Gutachten des Reichswirtschaftsrates eingefordert, der Eingriffe in Einzelfällen empfahl und eine allgemeine Aufhebung der Preisbindung für Markenartikel der Lebens- und Genußmittel verlangte. Die Regierung hat nun eine Gelegenheit, nochmals Gutachten für die Einzelfälle anzufordern und so die Aktion weiter zu verschleppen.

Der Anteil der Waren mit kartellmäßig gebundenen Preisen wurde von Regierungsstellen für das Jahr 1929 auf 15 Milliarden geschätzt, das sind ungefähr 25—30 Proz. des gesamten deutschen Industrieumsatzes, der 50—60 Milliarden beträgt. In Wirklichkeit greifen aber die Preisbindungen viel weiter. Für Milliardenumsätze wird nur der Schein des freien Wettbewerbes gewahrt, obwohl die Preise tatsächlich beeinflußt werden. Ein Musterbeispiel dieser Art ist das Starkstromkartell. Die Firma, die einen eingehenden Auftrag zugewiesen bekommt, verlangt einen Preis, der bereits eine hohe Kartellrente enthält. Alle anderen Kartellfirmen müssen höhere Preise stellen. Nach außen hin wird eine Scheinkonkurrenz gewahrt. In Wirklichkeit wird der Preis „geschützt". Die einzelnen Firmen verpflichten sich, alle Aufträge zu melden und erklären eidesstattlich, daß sie die Kartellbestimmungen nicht auf irgendeine Weise umgehen.

Eine Senkung der geschützten Preise würde auch das Fallen der sogenannten freien Preise wesentlich beschleunigen. Mit einer allgemeinen Preissenkung wäre dann die Voraussetzung für den Wiederaufstieg der Wirtschaft im kommenden Frühjahr gegeben.

Die Unternehmer verlangen, daß auch die Gewerkschaften als Kartelle betrachtet werden, die den Preis der „Ware Arbeitskraft" hochhalten. Wie lange wird sich der Mensch diese Behandlung als Ware noch gefallen lassen? Der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft ist der Profit. Der Arbeiter ist in ihr Ware. Der Sinn der sozialistischen Wirtschaft wird der Mensch sein.

Das Kartellgutachten des Reichswirtschaftsrates lehnt eine allgemeine plötzliche Beseitigung aller Preisbindungen ab, die eher zu einer Verschärfung als zu einer Milderung der Krise führen würde. Der Reichswirtschaftsrat befindet sich hier in Uebereinstimmung mit der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik. Die Arbeiterschaft will nicht die völlige Beseitigung der Kartelle, sondern die Verhinderung des Mißbrauches der Kartellmacht.

Die Kartellierung der Wirtschaft hat zweifellos große Vorteile. Sie befreit uns von der sinnlosen Kapitalverschwendung der Konkurrenzwirtschaft. Ein Beispiel sei hierfür erwähnt: Beim Aufkommen der Kaliindustrie setzte eine wilde Konkurrenz ein. Immer neue Unternehmungen wurden gegründet. Schließlich konnte das vom Markt verlangte Kali von einem Zehntel der Betriebsanlagen gefördert werden. Neun Zehntel des Anlagekapitals war verschwendet.

Gegenüber den Vorteilen stehen aber auch schwerwiegende Nachteile. Die Kartelle nützen ihre Machtstellung rücksichtslos aus. Statt durch Umsatzsteigerung suchen sie sich die Kartellrente durch Preiswucher und Produktionseinschränkung zu sichern. Es ist die Aufgabe einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik, diesen Mißbrauch der Kartelle auszuschalten, ohne gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Wie erwähnt, hat der Reichswirtschaftsrat eine allgemeine Beseitigung der Preisbindungen abgelehnt, aber Eingriffe in einzelnen Fällen empfohlen. Sofort vorgeschlagen wurde gegen die Stimmen der Unternehmervertreter die Freigabe der Markenartikel für Lebens- und Genußmittel. Der Reichswirtschaftsrat verlangte ferner von der Regierung Material zur Prüfung der Frage, ob die Nichtbelieferung von Firmen und Organisationen die geplante Preissenkung durchkreuzen kann. Es handelt sich hier im wesentlichen um die Sperren gegen Konsumvereine, die den privaten Handel unterboten.

Die Regierung hat nun freie Bahn für den Preisabbau. In nächster Zeit muß sich zeigen, ob es ihr mit der Preissenkung ernst ist, oder ob es ihr nur um ein Wahlmanöver zu tun ist. Das Unternehmertum sträubt sich jedenfalls mit aller Kraft gegen den Preisabbau. Es hat bisher unter der Krise nur sehr wenig gelitten. Was an Umsätzen verlorenging, wurde großenteils durch verbilligten Rohstoffeinkauf und durch Lohndruck wieder eingeholt. Ein größerer Preisabbau würde bedeuten, daß auch das Unternehmertum seinen Anteil an der Krise zu tragen hätte.

Es ist ziemlich sicher, daß, wenn der Preisabbau noch länger hinausgezögert wird, ein Preiszusammenbruch kommen wird, wie wir ihn etwa auf dem Weltrohstoffmarkt trotz starker Kartelle erlebten. Aber jede Woche, in der das gegenwärtige Preisniveau noch gehalten wird, bedeutet für die Unternehmer Millionen von Gewinnen. Es ist durchaus möglich, daß gerade die Preissenkungsaktion der Regierung Brüning zu einem Verschleppen des drohenden Preiszusammenbruches führt, also in Wirklichkeit eine Preisstützungsaktion ist.

Es ist eine alte Forderung der Arbeiterschaft, daß ein Kontrollamt für Kartelle und Monopole errichtet werde. Eine dauernde Beobachtung der Kartelle wird immer ein rechtzeitiges Eingreifen ermöglichen und die Regierung nicht erst von langwierigen Gutachten und Untersuchungen abhängig machen. Dieses Ziel wird allerdings nicht durch eine Notverordnung der Regierung Brüning erreicht werden, sondern nur durch einen entscheidenden politischen und gewerkschaftlichen Einfluß der Arbeiterklasse.

Der Einfluß der Politik auf die Wirtschaft ist sehr beträchtlich und wächst noch weiter. Am 14. September wird das deutsche Volk nicht nur über die Frage der Staatsverwaltung, über die Verteilung der Steuerlast entscheiden, sondern auch über den Kurs der Preis- und Lohnpolitik.

Arbeit und Wohnung auf der gewerbehygienischen Tagung.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hatte zu ihrer 7. Generalversammlung als Tagungsort die Stadt Breslau auserkoren. Die Versammlung war nicht nur von vielen Vertretern des Deutschen Reiches besucht, sondern auch viele ausländische Vertreter, sowie Vertreter aller Organisationen und Körperschaften nahmen daran teil. Am 23. September wurde die Tagung in der Technischen Hochschule von dem Vorsitzenden, Geheimrat Prof. Dr. Arthur von Weinberg, eröffnet.

Als erster Hauptreferent sprach Stadtmedizinalrat Prof. Dr. Drigalski, Berlin, über das Thema **„Aerztliche hygienische Grundsätze und Gesichtspunkte zur Frage Arbeit und Wohnung".**

Ehe wir das Thema behandeln, müssen wir uns klarmachen, welche Bedeutung die Wohnung in dem Leben des Arbeiters hat und welchem Zwecke sie dienen soll. Der Arbeiter ist durch seine Tätigkeit in den Betrieben allen möglichen Schädigungen wie schlechter Luft, Dunkelheit, Staub, Gerüche, Temperaturschwankungen, Lärm usw. ausgesetzt. Alle diese Dinge führen nicht nur zur Schwächung seiner Arbeitskraft, sondern sind Krankheitsgefahren. Die Wohnung soll zu der Tätigkeit im Betriebe einen Ausgleich vermitteln, also zur Erholung dienen. Hier liegt die Wichtigkeit und wir müssen als ersten Grundsatz der Hygiene die Schaffung von gesunden Wohnungen aufstellen. Wie lebt der Arbeiter aber nun in Wirklichkeit. Enge Wohnungen, ohne Licht und Luft, voll Menschen gedrängt, dienen sie eher zur Vergrößerung der Gesundheitsschäden aus den Betrieben, als zur Entspannung und Erholung. Es wird vielfach bedauert, daß jetzt Kleinwohnungen gebaut werden. Ich bin der Meinung, daß diese Wohnungen immer noch eine große Verbesserung bedeuten gegenüber den alten Wohnungen, die wir jetzt haben. Allerdings müssen wir uns darauf einstellen, beim Bauen alle hygienischen Grundsätze zu berücksichtigen; denn hier soll sich nicht nur der Arbeiter erholen, sondern der junge Mensch muß in der Wohnung aufwachsen. Hier erörterte der Redner die Bedeutung des Lichtreizes, der Luft mit dem Wärme- und Kältereiz der Funktion als Arbeitsreiz. Er schilderte hier die Wirksamkeit auf die Entwicklung des menschlichen Lebens. Wir müssen uns immer mehr für hellfarbene Räume entscheiden; nicht nur weil die Lichtstrahlen eine bessere Wirkung erhalten, sondern sie sind keimtötend und erziehen den Menschen zur Reinlichkeit. Immer wieder müssen wir daran erinnern, daß die meisten Krankheiten durch Bakterien übermittelt werden, die zu tausenden in der Luft sind. Rheuma z. B. beginnt meistens mit einer Angina-Halsentzündung. Man schenkt ihr nicht die notwendige Beachtung: die Keime dringen in den Körper ein, setzen sich in die Gelenke, und das schmerzliche Rheuma ist fertig. Diese Krankheit hat ernste Bedeutung, nicht nur weil sie weit verbreitet ist, sondern weil die meisten Fälle chronischer Natur sind. Die Wohnungen müssen eine richtige Anordnung erfahren. Schlafzimmer dürfen nicht nach dem Norden liegen, da sonst kommen unsere Kinder wieder Rachitis. Auch sie ist wie Rheuma eine Krankheit, begründet in schlechten Wohnungsverhältnissen, und muß bekämpft werden. Ganz besonders beachtet werden muß, daß Menschen nicht zusammen schlafen. Lieber soll man bei Platzmangel Betten übereinander anordnen; diese Art ist gesünder und dem Körper dienlicher. Hauptsache ist, daß die Betten gut gelüftet werden. Wir brauchen eine Kleinwohnung, ein gesundes Wohnzimmer und einen kleinen Arbeitsraum. Das Bad muß klein sein, damit es nicht als Vorratsraum für Briketts, Kohlen und Holz benutzt wird. Zu einer gesunden Wohnungsanlage gehört aber auch eine gesunde Einrichtung. Das Licht darf nicht durch dunkle, dichte Gardinen oder Vorhänge verdrängt werden. Staub ist der gefährlichste Krankheitsüberträger, und darf ihm deshalb kein Platz gewährt werden. Nichts Unnützes darf Raum haben. Sachlich und zeitsparend muß unsere Einrichtung sein, damit sie auch wirkliche Erholung für jeden Menschen ist. Die Wohnung ist das Stückchen Vaterland, auf dem der deutsche Arbeiter wohnt, deshalb dürfen wir uns bei den schlechten Wohnungsverhältnissen nicht wundern, wenn er den Begriff Vaterland verliert. Ich möchte daher der Gesellschaft wie allen Vertretern der Länder und des Reiches mit auf den Weg geben: „Wir wollen zukünftig nicht mehr soviel über die Notwendigkeit des Bauens reden, sondern wirklich gesunde Wohnungen bauen, dann betreiben wir wahre Hygiene."

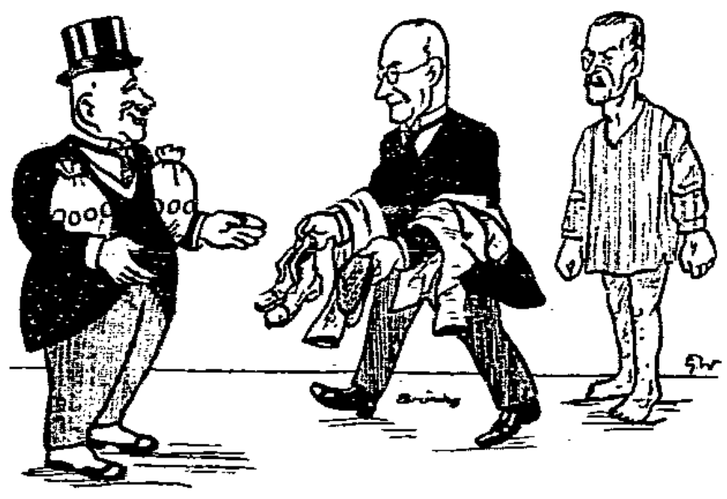
Als zweiter Hauptreferent sprach Herr Ministerialrat Herrmann, Berlin, vom Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, über das Thema: **„Das Problem Arbeit und Wohnung unter baufachlichem Gesichtspunkt, insbesondere vom Standpunkt der Stadtplanung und des Städtebaus."**

Die Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat brachte die Mietskaserne mit ihren gesundheitlichen Nachteilen. Die entstandenen Schäden suchen moderne Landesplanung und neuzeitlicher Städtebau in Verbindung mit Wohnungsreform zu lindern. Die Landesplanung sorgt für richtiges Einpassen der Siedlung in dem gesamten wirtschaftlichen Gestaltungsplan. Voraussetzung für gesunde Wohnlagen sind: einwandfreie Höhenlage, Staub- und Rußfreiheit, genügende Durchlüftung, günstige örtliche Wasserverhältnisse, ausreichende Grün- und Erholungsflächen, gute Verkehrsverbindungen zu den Arbeitsstätten.

Am Flachbau, worunter auch Wohnformen bis zum dreigeschossigen Etagenmietshaus zu verstehen sind, ist grundsätzlich festzuhalten. Auflockerung der Großstädte ist unbedingte Forderung.

Der Garten, namentlich der Hausgarten, ermöglicht Bewegung und Betätigung in freier Luft und gibt dadurch dem Körper die erforderliche Erholung von der Berufsarbeit.

Die Hälfte bis zwei Drittel seines Lebens bringt der Mensch in geschlossenen Räumen zu. Daher ist für sämtliche Wohnräume ausreichende Besonnung, Belichtung und Sauberhaltung



Brüning: „Weiter kann ich ihn leider nicht ausplündern!"
Der Kapitalist: „Er hat aber noch ein Hemd an!"

[illegible]. Die Funktionen des Wohnens, Essens, Kochens, Schlafens und Waschens müssen im Grundriß klar zum Ausdruck kommen. Praktische Grundrißgestaltung erleichtert die Haushaltsführung.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm sucht neben der Entlastung der Erwerbslosenziffern auch Wohnungen für Minderbemittelte zu schaffen. In Größenabmessungen von 32—45 qm können sehr wohl hygienisch einwandfreie Mietswohnungen erstellt werden.

Gesunde Wohnungen bedeuten gesunde und arbeitsfähige Bevölkerung. Nur in gesunder Umgebung kann ein körperlich und geistig gesundes Volk gedeihen.

Als letzter Hauptreferent behandelte Regierungsgewerberat a. D. Oberingenieur Richter, Nürnberg, das Thema: **„Die Frage Arbeit und Wohnung in ihrer Bedeutung für Betriebsführung und Betriebsgestaltung."**

Mit der Entwicklung des gewerblichen Lebens fallen Wohnung und Arbeitsort immer weniger örtlich zusammen. Dadurch ergab die Frage: „Wo und wie wohnt der Arbeitnehmer?" für den Betrieb neue Aufgaben. Die Beschaffung ausreichender und geeigneter Arbeitskräfte hängt stark von den Wechselbeziehungen zwischen dem Standort der Industrie und den Wohnungsverhältnissen derjenigen Kreise ab, aus denen sich in der Hauptsache die gewerblichen Arbeiter rekrutieren. Bei der Festlegung von Beginn und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit, bei der Bemessung und Verteilung der Arbeitspausen spielen gewerbehygienische Rücksichten auf Wohnung und Anmarschwege der Arbeitnehmer eine Rolle. In engem Zusammenhang damit steht die Einnahme von Mahlzeiten durch die Belegschaft im Betrieb. Je nach Lage der Dinge ergibt sich die Notwendigkeit zur Errichtung umfangreicher Speiseräume, Bereitstellung von Einrichtungen zum Wärmen mitgebrachter Speisen oder Betrieb von Fabrikkantinen oder -küchen. Mangelnder Wohnraum am Betriebsort erzeugt häufig Pendelwanderung, deren oft recht nachteilige Folgen auf gesundheitlichem Gebiet und in der Unfallhäufigkeit festgestellt werden. Ueberlange Anmarschzeiten und schlechte Verkehrsverhältnisse schwächen die Arbeitskraft und zwingen dadurch zu entsprechenden Betriebsmaßnahmen, die durch gewerbehygienische Erwägungen beeinflußt werden. Zunächst versucht man von seiten der Arbeitgeber durch Bau von Werkswohnungen Schwierigkeiten auszuschalten. Die enge Verbundenheit des Mietvertrages bei Werkswohnungen mit dem Arbeitsvertrag brachte diesen in Mißkredit. Dieser Umstand und der Kapitalmangel der Unternehmungen in der Nachkriegszeit ließ die Bedeutung des Werkswohnungsbaues absinken. Die organisierte Selbsthilfe der Arbeitnehmer in der Beschaffung von guten Wohnungen, die schon in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einsetzte, übernahm nach dem Kriege die Führung im Kleinwohnungsbau in der Form von Baugenossenschaften.

Die Unternehmungen beteiligten sich hieran ideell und materiell. Auch fanden einzelne bauwillige Arbeitnehmer die Unterstützung ihrer Firmen durch Hergabe von Baudarlehen oder billigen Baulandes für den Bau von Eigenheimen. Wo die Beschaffung entsprechender Wohnungen nicht zu ermöglichen war, versuchte man die Nachteile großer Anmarschwege zu verringern. Bessere Gestaltung der Verkehrsverhältnisse, Bau eigener Eisenbahnlinien, Betrieb besonderer Autobuslinien sollen die Zeit verringern, die der Arbeitnehmer auf den Weg von seiner Wohnung zum Betrieb verwendet, und die Beförderung außerdem annehmlicher gestalten. Auch die erleichterte Beschaffung von Fahrrädern durch die Firmen gehört hierher. So wurde nachgewiesen, daß trotz des Auseinanderfallens von Wohnung und Arbeitsort sich wichtige Gesichtspunkte ergeben, die in der Betriebsführung und Betriebsgestaltung ihren Einfluß geltend machen.

An die Hauptreferate schloß sich eine eingehende und lebhafte Aussprache.

Zur praktischen Demonstration der Wohnungsverhältnisse wurde am Nachmittag eine Besichtigungsfahrt zum Studium der Breslauer Wohn- und Siedlungsverhältnisse unternommen. Käte Richter.

36-Stundenwoche als Losungswort des klugen Wirtschafters.

(IGB.) Wenn aus dem Lager der Unternehmer Argumente zugunsten der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit laut werden, so stammen sie gewöhnlich aus den Vereinigten Staaten, dem Land, das von unsentimentalen und draufgängerischen Arbeitgebern zum wirtschaftlichen Mittelpunkt der Welt gemacht wurde. Es sind keine sozial-ethischen Argumente, sondern sachliche Schlußfolgerungen kluger Geschäftsleute. Es ist die einfache Erwägung: Was soll aus uns und unserer Wirtschaft werden, wenn die Produktionsfähigkeiten jeden Tag zu- und die Absatzmöglichkeiten jeden Tag abnehmen?!

Auch der europäische Geschäftsmann und Industrielle kann sich auf die Dauer dieser Folgerung nicht verschließen. Dafür sorgt das schlechte Geschäft besser als alle wirtschaftspolitische Weisheit.

Deshalb sagt ein deutschböhmischer Großindustrieller zum Entsetzen seiner hinter dem Mond wohnenden Klassengenossen:

„Es ist notwendig, die Arbeitsverteilung der Vollkommenheit der Werkzeuge anzupassen. Die Arbeitszeit der in den Industrien gegen Entlohnung Arbeitenden ist grundsätzlich von 48 auf 36 Stunden per Woche herabzusetzen. Die unmittelbaren Folgen sind klar: Ein Großteil der Arbeitslosen, die in ihrer Gesamtheit die Wirtschaft unproduktiv belasten, wird aufgesogen. Ueberdies aber wird bei allen Arbeitenden neue Muße geschaffen, die erfahrungsgemäß neue Bedürfnisse und neue Arbeitsmöglichkeiten schafft. So hat z. B. die Einführung des Weekend in Amerika und England den Absatz der Automobilindustrie in diesen Ländern unverhältnismäßig gestärkt.

Die Argumente gegen die Kürzung der Arbeitszeit sind alle durch die Erfahrungen beim Uebergang zum Achtstundentag längst widerlegt worden. Keine der prophezeiten Katastrophen ist eingetreten! Im Gegenteil, die Entwicklung zu einem höheren Standard hat stürmisch eingesetzt, und das Tempo ist so angeschwollen, daß der Achtstundentag heute bereits überholt ist, was in der gegenwärtigen Krise Ausdruck findet. Dem Einwand, daß nicht alle Industrien einen gekürzten Arbeitstag ermöglichen (z. B. die Landwirtschaft), ist praktisch auch schon der Achtstundentag begegnet; selbstverständlich ist im einzelnen die Ueberschreitung möglich, doch müssen für den Arbeitenden solche, eventuell nur subjektive Kompensationen bestehen, die eine Beschäftigung in einem dieser Produktionszweige wünschenswert erscheinen lassen.

Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise, die sich für Millionen von Menschen unverhüllt als Not am Unentbehrlichsten äußert, ist, als technisch-organisatorisches Problem betrachtet, durchaus nicht unlösbar. Die moderne Technik ist mit sachlich schwierigeren Dingen fertig geworden, als Menschen, die arbeiten wollen, ausreichend mit Gütern zu versehen, die in praktisch unbegrenzter Menge herzustellen sind!

Englisch-, Französisch- und Esperanto-Anfängerkurse

beginnen in Kürze für Gleichgesinnte, die sich für das Wirken der Vereinigung „Die Freunde der Internationalen Kleinarbeit" interessieren, nachdem die diesjährige Besuchstätigkeit zwischen Deutschland, England, Irland, Schottland, Frankreich, Belgien, Holland und Schweden außerordentlich erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Tausende besuchten die Veranstaltungen der Ortsgruppen in den einzelnen Ländern. Hunderte von persönlichen Freundschaftsbündnissen konnten geschlossen und somit der gesamten Arbeiterbewegung ein unschätzbarer Dienst erwiesen werden.

Um den Kreis derer zu erweitern, die da mithelfen wollen, wirklich praktische internationale Kleinarbeit zu leisten, werden Gesinnungsfreunde eingeladen, an den neuen und bestehenden Kursen sich rege zu beteiligen. Deutsch wird soweit wie möglich vermieden. Ein illustriertes Lehrbuch und große Wandbilder gestalten den Unterricht interessant. Jeder Teilnehmer lernt in verhältnismäßig kurzer Zeit frei sprechen, um sich im darauffolgenden Jahr entweder in dem betr. Lande mit den Freunden zu unterhalten, oder aber, um die erworbenen Sprachkenntnisse auch hier praktisch anwenden zu können im Kreise unserer ausländischen Freunde, die sich allwöchentlich während der Sommermonate im Gewerkschaftshaus mit deutschen Fredika-Mitgliedern treffen.

Die Nachmittagszirkel laufen von 18—20, die Abendklassen von 20—22 Uhr im Zentrum der Stadt. Der Unterrichtsbeitrag bleibt unverändert. „Der Pionier" resp. „The Pioneer", das zweisprachige Organ der Fredika, steht Interessenten zur Verfügung.

Anmeldungen für Kurse und Korrespondenzaustausch werden umgehend erbeten an die Geschäftsstelle Berlin SW 19, Kurstraße 32, am Spittelmarkt (Genosse W. Floerke). Telephon: Merkur 2196. Allen Anfragen sollte ein Freiumschlag beigefügt werden.

Hermann Kube 65 Jahre alt.

Der Kassierer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Kube, wurde am 18. September 65 Jahre alt. 27 Jahre hindurch bekleidet er den Posten des Kassierers der Spitzenorganisation der deutschen Gewerkschaften. In der Oeffentlichkeit ist Hermann Kube sehr wenig hervorgetreten; dafür hat er aber im stillen desto emsiger gewirkt. Wenn der ADGB. in seiner ganzen Bedeutung überall so sichtbar in Erscheinung tritt, so liegt dies auch daran, daß Jahrzehnte hindurch die Finanzen dieser bedeutsamen Körperschaft in Ordnung gehalten wurden. Es hat Zeiten gegeben, wo das Amt eines Kassierers schwieriger war als heute. Wir wünschen, daß Hermann Kube weiter munter und frisch auf seinem Posten verbleiben möge. Der gute Rat eines solchen erfahrenen Mannes wird gerade in der heutigen Zeit schlecht entbehrt werden können.

Führende Gewerkschafter im neuen Reichstag.

Von den führenden Gewerkschaftern sind bei der Reichstagswahl am 14. September wieder eine Anzahl in den Reichstag gewählt worden. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Peter Graßmann und Müller, Lichtenberg. Von den Verbandsvorsitzenden unser Kollege August Brey, Hannover, dann Brandes vom Metallarbeiterverband, Bernhard vom Baugewerksbund, Scheffel vom Eisenbahnerverband, Tarnow vom Holzarbeiterverband, Schumann vom Gesamtverband, Georg Schmidt vom Landarbeiterverband, Simon vom Schuhmacherverband und Husemann vom Bergbauindustriearbeiterverband. Ferner kommen noch von den bekannten Gewerkschaftern in den Reichstag: der Vorsitzende der Spitzenorganisation der Angestellten, des AfA-Bundes, Aufhäuser, ferner Janschek und Limbertz vom Bergbauindustriearbeiterverband, Bender vom Gesamtverband und Kurt Heinig, der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Werkmeisterverbandes.

Neben Lindcar-Fahrrädern, Lindcar-Nähmaschinen.

Das Lindcar-Fahrradwerk ist ein Eigenunternehmen der deutschen Gewerkschaften. Die Aktien desselben befinden sich bei den Gewerkschaftsverbänden bzw. bei der Arbeiterbank. Dieses Unternehmen hat in den letzten Jahren den erfolgreichen Versuch gemacht, die breite Masse mit hochwertigen Produkten der Fahrradindustrie zu versehen. Die in eigener Fabrik hergestellten Fahrräder wurden entweder durch eigene Filialen, oder durch die Organe der Gewerkschaften (Ortsausschüsse usw.) vertrieben. Nun wird ein neues Massenverbrauchsprodukt, die Nähmaschine, in den Fabrikationskreis einbezogen. Es handelt sich bei dieser Nähmaschine um ein hochwertiges Fabrikat, das mit dem modernen Zentralspulsystem ausgestattet ist, vorwärts und rückwärts näht und über einen automatisch versenkbaren Transporteur verfügt. Mit der Einführung der Lindcar-Nähmaschinen ist das Werk einem Wunsch nachgekommen, der des öfteren in Gewerkschaftskreisen laut wurde. In den Großniederlagen des Werks wurden eine Reihe von Kolleginnen vorgebildet, um nicht nur beim Verkauf von Nähmaschinen den Käufern beratend zur Seite zu stehen, sondern auch in Kursen, die kostenlos abgehalten werden, die Käuferinnen mit den Nähmaschinen selbst und mit Nähen, Sticken, Stopfen vertraut zu machen. Somit bleibt das Lindcar-Fahrradwerk seinem Grundsatz, Dienst am Kunden, treu, indem es nicht nur um den Absatz bemüht ist, sondern auch Kenntnisse über den Gebrauch der Maschine vermittelt. Die Lindcar-Nähmaschine wird in mehrfacher Ausführung von den einfachsten bis zu den feinsten Schrankmöbelmodellen hergestellt. Die Preise sind verhältnismäßig niedrig angesichts dessen, daß es sich hier um ein hochwertiges Produkt handelt. Um es auch der ärmsten Proletarierfrau zu ermöglichen, Lindcar-Nähmaschinen zu kaufen, ist getreu dem alten Grundsatz eine Teilzahlung bis 24 Monatsraten, die auch in Form von Wochenraten geleistet werden können, zugelassen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten auch diesen neuen Zweig des Lindcar-Werks unterstützen werden. Wer hinfort in den Gewerkschaftsfamilien eine Nähmaschine braucht, wende sich an seine gewerkschaftliche Organisation oder an eine Filiale des Lindcar-Werks.

Lohnverhandlungen in der Weißhohlglasindustrie gescheitert.

Entsprechend dem Vorschlage des Reichsarbeitsministeriums vom 18. August 1930 im Lohnstreit der deutschen Weißhohlglasindustrie haben die Parteien am Montag, dem 29. September, für die Gruppen I—V des Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken Verhandlungen in Görlitz resp. in Dresden und Ilmenau geführt. An der grundsätzlichen Auffassung zu den beiderseitig vorliegenden Forderungen — hier Lohnabbau, dort Lohnaufbau — hatte sich nichts geändert. Im Gegenteil, aus einzelnen Ausführungen der Syndizi konnte entnommen werden, daß infolge der eingetretenen politischen Verhältnisse sie erst recht ihre Zeit für den Lohnabbau als gekommen halten.

Die Vertreter der Arbeitnehmer konnten nachweisen, daß seit dem Verstreichen der letzten Verhandlungen sich wirtschaftlich nicht allzuviel verändert hat, für den Arbeiter überhaupt nichts. Die angekündigten Preisabbaumaßnahmen sind durch Interessenpolitik beteiligter Kreise im Keime erstickt worden. Der bekannte Oeynhausener Schiedsspruch hat an Stelle Klarheit in der Wirtschaft nur die Verhältnisse verworrener gestaltet. Im übrigen sind die Einkommensverhältnisse der Beschäftigten in der deutschen Weißhohlglasindustrie so, daß über Lohnaufbesserungen unbedingt gesprochen werden muß, selbst wenn man in Arbeitgeberkreisen unsere These des Lohnaufbaues zur Absatzförderung im In- und Ausland leider nicht anerkennen will.

Nachdem die Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, muß entsprechend der Vereinbarung vom 18. August bis zum 20. Oktober eine Schlichterkammer mit drei unparteiischen Vorsitzenden entscheiden. Selbst über die Vorsitzenden dieser Schlichterkammer konnte eine Einigung nicht erzielt werden, so daß das Reichsarbeitsministerium nun die Bestellung derselben vorzunehmen hat.

Wir wollen als Arbeitnehmer hoffen, daß die Schlichterkammer unter gerechter Abwägung der beiderseitig vorliegenden Forderungen zu dem Ergebnis kommt, daß den Forderungen der Arbeitnehmer die Priorität zu geben ist, und daß entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen die Entscheidung fällt.

Gewerbehygiene im Glasbläserberuf.

Im „Zentralblatt für Gewerbehygiene" vom Juli und August beschäftigt sich der Zahnarzt Herr Wilhelm Herrmann ausführlich mit der Erkrankung des Mundes und der Zähne der Glasbläser. Wir bemerken gleich eingangs, daß wir beide Artikel aufmerksam gelesen haben und uns mit den gegebenen Darstellungen fast völlig einverstanden erklären können.

Am Beginn seiner Darlegungen bemerkt Herrmann, daß, wenn man sich mit der Gewerbehygiene in der Glasindustrie beschäftigen will, man mit dem technischen Betrieb der Glashütte und der Arbeitsweise der Glasbläser vertraut sein muß. Das läßt den Schluß zu, daß Herrmann die Untersuchung nicht leichtfertig vorgenommen hat, sondern sich in gewissenhafter Weise mit der Untersuchung der Dinge beschäftigte. Um so wertvoller ist das Urteil des Arztes.

Eingangs gibt der Verfasser eine ausführliche Darstellung des Schmelzprozesses und beschreibt dann die Produktionsart, in der das Glas zum Fertigfabrikat hergestellt wird. In ausführlicher Weise weist Herrmann auf Schäden hin, die das Wandern der Pfeife von Mund zu Mund hervorruft. Seine Beobachtungen vertiefen sich zu dem Urteil, daß gerade das Abkühlen der Pfeife in dem warmen und unreinen Wasser der Arbeitströge gefährlich wirkt, da das Wasser aufnahmefähig sei für allerlei Stoffe, die die Gesundheit des Glasmachers nachteilig beeinflussen müssen. Die Mund- und Lippenschleimhäute werden sehr leicht durch Ansteckung mit der Glasbläserpfeife erfaßt und Erkrankungen der Mundhöhle hervorgerufen.

Der Verfasser schildert dann die Ansteckungsgefahren, denen die Glasbläser durch das Vorhandensein von Mundsyphilis ausgesetzt sind. Die Wangen aller Glasbläser sind sehr stark gedehnt und die Schleimhäute in weit höherem Maße Verletzungen ausgesetzt. Auch durch das Drehen der Pfeife sind die Lippen sehr starken Verletzungen ausgesetzt, und durch diese Verletzungen ist die Ansteckungsgefahr erheblich größer als bei jeder anderen Arbeiterschicht; bis zu elf Uebertragungen seien durch einen an Syphilis erkrankten Arbeiter festgestellt worden. Allein diese Schilderung zeigt uns ein grauenvolles Bild der gesundheitlichen Verhältnisse in der Glasindustrie.

Herrmann bedauert in seiner Darstellung, daß die Zahn- und Mundpflege sehr zu wünschen übrig lasse, und daß dadurch sehr oft Erkrankungen der Mundhöhle vorkommen. Es ist durch Herrmann festgestellt worden, daß acht Glasbläser aus einem Betrieb, davon drei an einem Tage untersucht wurden und alle an Erkrankungen der Mundhöhle litten. Im Sprachgebrauch der Glasarbeiter sei diese Erkrankung mit dem Ausdruck „Mundfäule" bezeichnet.

Als recht betrübend muß es bezeichnet werden, daß durch die Glasbläserpfeife und besonders durch den häufigen Wechsel dieses Instruments Uebertragungsmöglichkeiten von Syphilis erfolgen. Ebenso groß und als noch gefährlicher bezeichnet der Verfasser die Ansteckungs- und Uebertragungsmöglichkeiten der Tuberkulose.

Ueber die äußeren Schäden des Glasbläserberufs schreibt Herrmann das folgende: „Der Vollständigkeit halber sei zum Schluß der Betrachtungen über die Schädigungen und Erkrankungen des Mundes der Glasbläser noch der Verbrennung der äußeren Gesichtshaut Erwähnung getan. Besonders die jüngeren Glasbläser, Külbelmacher und Gehilfen, die auf der Ofenbühne arbeiten, und denen aus den Arbeitslöchern fortgesetzte Hitzewellen entgegenschlagen, haben unter solchen Verbrennungen zu leiden. Wenn solche jungen Leute in der Sprechstunde erscheinen, so erkennt man ihren Beruf an den geradezu typischen, kreisrunden, roten bis rotbraunen Flecken, die, reichlich fünfmarkstückgroß, die Gesichtshaut in der Gegend des Jochbogens bedecken. Beim Meister, der ja nicht am Ofen, sondern an der Glasform arbeitet, sind diese Flecke nicht festzustellen bzw. hat sich die Gesichtshaut durch jahrelange Berufsausbildung an die hohen Temperaturen gewöhnt."

Den zweiten Teil seines Berichts widmet Dr. Herrmann ausschließlich den Schädigungen des Zahnsystems. Dabei handelt es sich 1. um mechanische Schädigungen, 2. chemische Schädigungen, zu denen sich 3. bakterielle Schädigungen gesellen können.

Herrmann weist darauf hin, daß durch die Arbeitsweise der Glasbläser das Gebiet der Frontzähne in starkem Maße mechanischen Schädigungen durch die Glasmacherpfeife ausgesetzt sei. Durch das fortgesetzte Rotieren der Pfeife werden die Vorderzähne abgeschliffen und abgestoßen. Daraus ergeben sich vier Arten von mechanischen Schädigungen:

1. Beschädigung des Schmelzes in Form von Rissen und Sprüngen,
2. Abrasio der Frontzähne,
3. Ausstoßung von Zähnen durch Rückschlag der Pfeife,
4. Stellunganomalien der Frontzähne.

Alle diese Zahnerkrankungen zeigen sich beim Glasbläser bereits in verhältnismäßig jungen Jahren. Die Nahrungsaufnahme wird dadurch erheblich beeinträchtigt. Zu einem überwiegend großen Teil werden dadurch Magen- und Verdauungsbeschwerden hervorgerufen, die aber nicht selten auch die Ursache des kalten Trinkens sind. — Zwei weitere Erkrankungsursachen werden dann noch durch das Fehlen der Vorderzähne festgestellt. Die Sprachbildung leidet ungemein unter gänzlichem Fehlen der Vorderzähne, aber ebenso auch durch abgeschliffene Zähne wird die Sprache überaus stark behindert. Weiter stellen sich durch das Fehlen der Vorderzähne nicht selten Erkrankungserscheinungen ein.

Auch auf das Ausstoßen und Lockern der Zähne weist Dr. Herrmann ausführlich hin und schildert die großen Gefahren, denen der Glasbläser durch das Blasen mit der Pfeife ausgesetzt ist. Besonders groß sind diese Gefahren für alle jugendlichen Arbeiter, bei denen die Frontzähne noch immer nicht so gefestigt sind, als wenn es sich um ältere Arbeiter handelt.

An einer anderen Stelle behandelt Dr. Herrmann die Schädigungen durch Fluorwasserstoff, und er schreibt darüber: „Besonders in neuester Zeit sieht man diese Erkrankungen bei der Herstellung von Opalglas. Im Opalglassatz sind organische Säuren vorhanden, die auch in den kleinsten Mengen dem Arbeiter, wenn er früh das Arbeitsloch öffnet, einen stechenden, atembeklemmenden Dunst aus dem Ofen entgegenwehen lassen. Wenn nun der Glasbläser ein größeres Werkstück in Arbeit hat und er unterbricht das Einpressen der Luft, um Atem zu holen, so wird sich die geblasene Hohlkugel auf Grund ihrer Elastizität und des äußeren Luftdruckes wieder etwas zusammenziehen. Die aus ihrer inneren Oberfläche entweichenden Fluorwasserdämpfe gelangen dadurch in den Mund des Glasbläsers. Opalglasbläser klagen fast regelmäßig bei ihrem Erscheinen in der Sprechstunde des Arztes, daß ihre Zähne „so stumpf" sind. Durch den Fluorwasserstoff wird der Schmelz entkalkt und brüchig und wenig widerstandsfähig, daher die Erkrankungen."

Die ausführliche und sehr sachliche Darstellung des Zahnarztes Dr. Herrmann ist für die gesamten Glasmacher überaus wichtig. Dr. Herrmann zeigt uns, welch hohen Gefahren der Glasmacher bei seiner schweren Arbeit ausgesetzt ist, und wie leicht aus ganz kleinen, unbeachteten Ursachen Krankheitserscheinungen entstehen und zu schweren Erkrankungen führen können.

Gg.

Weißwasser, O.-L.

Das Schwarze-Listen-System soll es nicht mehr geben. Die Aechtung von Arbeitern ist nach dem Gesetz verboten.

Wie es in Wirklichkeit damit aussieht, wollen wir an einigen Beispielen zeigen, die für sich sprechen, so daß sich jeder Kommentar dazu erübrigt.

Der bekannte günstige Wind wehte uns einige Verfügungen der Vereinigten Lausitzer Glaswerke für das H-Werk, G-Werk und U-Werk in Weißwasser auf den Tisch. Aus diesen Verfügungen ist zu ersehen, daß Arbeiter, nicht nur aus der Glasindustrie, rücksichtslos ausgesperrt werden. Es ist aus diesen Verfügungen aber auch weiter zu ersehen, daß die Werke ihre Mitteilungen von einer zentralen Stelle bekommen, denn wie kämen die Glasbetriebe sonst dazu, Leute, die in einer Ziegelei, Steinzeugfabrik oder selbst in einer so kleinen Schablonenfabrik wie Masseck in Weißwasser gearbeitet haben, zu sperren. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die zentrale Stelle der Arbeitgeberverband für Weißwasser, Muskau und Umgebung mit Herrn Dr. Scholz als Geschäftsführer ist, denn es konnte bei einer anderen Gelegenheit ja schon einmal ein Rundschreiben des Herrn Dr. Scholz veröffentlicht werden.

Werden hier die Gerichte endlich einmal eingreifen, um diesem Treiben ein Ende zu bereiten und denjenigen das Handwerk zu legen, die Arbeiter auf solche Art und Weise ächten? Nachstehend im Wortlaut einige dieser Verfügungen:

An H-Werk, G-Werk, U-Werk.

Der Metalldrücker und Schablonenmacher

Edmund Hirsch,

geboren am 20. April 1910, ist wegen Tätlichkeiten gegen Vorgesetzte von seinem Arbeitgeber fristlos entlassen worden. H. darf auf unseren Werken nicht zur Einstellung kommen.

Vereinigte Lausitzer Glaswerke, Aktiengesellschaft.
gez.: Hesse.

Datum: Weißwasser, den 5. Mai 1929.

An H-Werk, G-Werk, U-Werk.

Nachstehende Leute dürfen nicht eingestellt werden:

Alfons Schmidt, geboren am 13. Juni 1908, von der Glasfabrik Weißwasser.
Eduard Balzer, geboren am 11. April 1911, von der Glasfabrik Weißwasser.
Richard Robok, geboren am 20. Februar 1913, von der Glasfabrik Weißwasser.
Conrad Stiera, geboren am 11. Januar 1911, von der Glasfabrik Weißwasser.
Otto Kirsch, geboren am 21. August 1908, von den Deutschen Ton- und Steinzeugwerken, Krauschwitz.

Vereinigte Lausitzer Glaswerke, Aktiengesellschaft.
gez.: Hesse.

Datum: Weißwasser, den 4. Juni 1929.

An U-Werk,

Herrn Balzer junior.

x/Schr.
Vertraulich.

Die Arbeiter der Gräflich von Arnimschen Dampfziegelei in Weißwasser sowie der Ziegelei- und Braunkohlenbetriebe, G. m. b. H., in Quolsdorf, O.-L., befinden sich im Streik.

Arbeiter aus diesen Betrieben sollen bei uns nicht zur Einstellung kommen.

Vereinigte Lausitzer Glaswerke, Aktiengesellschaft.
gez.: Hesse.

Datum: Weißwasser, den 15. Mai 1929.

An G-Werk, H-Werk, U-Werk.

x/Schr. 739.
Betr. Sperre.

Nachstehende Einträger sind bei der Firma Brox & Mader kontraktbrüchig geworden, weshalb eine Einstellung bei uns zu vermeiden ist, solange die Genannten ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind:

Eduard Kornitza,
Erich Müller,
Georg Suchaneck,
Hermann Baldy,
Walter Pysok,
Georg Roskosch,
Albert Roskosch.

Vereinigte Lausitzer Glaswerke, Aktiengesellschaft.
gez.: Hesse.

Datum: Weißwasser, den 5. November 1928.

Tschechoslowakisch-belgische Tafelglaskonvention?

Die tschechische Tafelglasindustrie hat im letzten Jahre im Exportgeschäft große Einbußen erlitten. Diese sind zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß die belgische Tafelglasindustrie, die sich soeben zu einem Tafelglassyndikat vereinigt hat, die Preise unterbietet und die tschechische Konkurrenz vom Markt verdrängt. Da bei Anhalten dieses Preiskampfes die Rentabilität der Werke stark gefährdet sein würde, sind nunmehr Unterhandlungen eingeleitet worden, die darauf hinzielen, zwischen den belgischen und tschechischen Erzeugern eine Exportvereinigung ins Leben zu rufen, die einheitliche Preise festsetzen würde. Die Aussichten für eine solche Gründung werden als aussichtsreich bezeichnet. Es ist zu fragen: „Schaltet sich Deutschland aus?"

Hindenburg.

Der mechanische Fensterglasbetrieb in Hindenburg hat seit einigen Wochen seine Produktion wieder aufgenommen. Im Fourcault-System wird an vier Maschinen Fenster- und Dickglas in guter, einwandfreier Qualität hergestellt. Die bestandenen Zahlungsschwierigkeiten der Firma sollen überwunden sein, so daß Aussicht besteht, daß der Betrieb als Außenseiter seine Existenz nachweisen kann.

Mit der Firma ist ein Lohntarifvertrag abgeschlossen worden. Der Manteltarifvertrag der mechanischen Tafelglasindustrie hat durch die ausgesprochene Allgemeinverbindlichkeitserklärung Rechtskraft für den Betrieb erlangt.

Die auswärtigen Arbeiter sind durch den Arbeitsnachweis der Organisation vermittelt worden und arbeiten unter den vorgesehenen tariflichen Bedingungen.

Traidendorf.

Die Glasschleifer werden darauf aufmerksam gemacht, daß im Schleif- und Polierwerk Traidendorf (Oberpfalz) Differenzen bestehen. Zuzug ist fernzuhalten.

Lohn- und Tarifverhandlungen in Leipzig.

Die Lohn- und Tarifverhandlungen für die Deutsche Feinkeramische Industrie waren diesmal vom 25. bis 28. September in Leipzig. Nach Austausch der gegenseitigen Forderungen trat am 25. November eine kleine Kommission in freien Verhandlungen zusammen, die einen Teil der zu behandelnden Materie erledigte. Die umkämpften Bestimmungen und Hauptstreitpunkte blieben für den nächsten Tag, an dem die großen Kommissionen im Beisein der drei amtlichen Schlichter, der Herren Böhm, Dr. Cramer und Dr. Völckers, unter dem Vorsitz des letzteren zusammenkamen und ihre Forderungen vertraten.

Diese Beratungen sind ja immer wichtig für uns, weil die Arbeitgebervertreter dabei mündlich ihre Forderungen begründen und vertreten, und weil man ihre Anschauungen über die Industrie dort wenigstens aus dem Munde von Dr. Warnke, ihrem Sprecher, hören kann.

Die Verhandlungen, im Beisein der amtlichen Schlichter, leitete unser Kollege Apel mit einer Uebersicht über die Tarif- und Industrieverhältnisse ein, damit die Schlichter ins Bild gesetzt wurden. Von den bisherigen 21 gefällten Schiedssprüchen für die feinkeramische Industrie wurden 5 von beiden Seiten angenommen; 13mal nahmen die Arbeitgeber an, und 3mal die Arbeitnehmer. In der Statistik über den Beschäftigungsstand der feinkeramischen Industrie muß beachtet werden, daß in unserer Arbeitslosenstatistik Personen geführt werden, die kaum mehr in ihrem Beruf Arbeit finden werden, weil die Fabriken an jenen Orten nicht mehr in Tätigkeit kommen. Eine erhebliche Arbeitslosenzahlenbelastung wird bleiben, wenn es auch wieder einmal besser gehen wird. Ueber die Lohnverhältnisse in der feinkeramischen Industrie, führt Kollege Apel weiter aus, geben die Berichte der Töpferei-Berufsgenossenschaft Auskunft. Im Jahre 1928 wurde nach den darin gemachten Angaben noch ein Durchschnittswochenverdienst von 27,49 RM erzielt, im Jahre 1929 nur ein solcher von 26,24 RM, dabei sind 1929 über 4000 Angestellte mit Gehaltseinkommen der Töpferei-Berufsgenossenschaft eingegliedert worden.

Andere Tarifverträge haben, soweit sie sich mit dem feinkeramischen vergleichen lassen, bedeutend höhere Lohnsätze. Die Arbeitszeit muß verringert werden, damit mehr Arbeitslose Beschäftigung finden, und der Urlaub ist von hohem Wert für die Porzellan- und Steingutarbeiterschaft, weil die Erkrankungen an Staublunge ziemlich hoch sind.

Der Lohndruck der Unternehmer ist gegenwärtig stark, und ein Teil nimmt Kürzungen vor, ohne dazu berechtigt zu sein. Akkordarbeit wird in Zeitlohnarbeit umgewandelt. Das sind Vorgänge, die zur schärfsten Abwehr drängen. Wenn die Porzellanindustriellen diese Taktik weiter verfolgen, werden sie den größten Schaden selbst davon haben; denn das Vertrauen der Arbeiterschaft wird restlos erschüttert. Die Porzellan- und Steingutindustriellen hätten das nicht notwendig, denn die Arbeiterschaft vollbrachte im letzten Jahrzehnt Leistungen, die kein Mensch für möglich gehalten hätte. Die Unternehmer zehren heute noch von diesen Vorteilen.

Die Preis- und Lohnpolitik der Porzellanindustriellen ist auf die rückständigsten Betriebe eingestellt; damit ist den gut eingerichteten Werken höchste Verdienstmöglichkeit garantiert. Daß diese Einstellung zu Preisunterbietungen Anlaß gebe, sei selbstverständlich, und der Prozeß gegen die Sperrmaßnahme des Verbandes der Porzellangeschirrfabriken habe ja gezeigt, daß 121 Firmen die festgesetzten Preise unterboten und billiger lieferten. Wir erwarten die Bewilligung unserer gestellten Forderungen.

Dr. Warnke als Sprecher der Arbeitgeber vertrat ihre gestellten Forderungen, die wir an anderer Stelle bringen, und legte den Stand der Porzellan- und Steingutindustrie nach den Ansichten der Arbeitgeber dar; außerdem entgegnete er dem Kollegen Apel auf seine Ausführungen. In der englischen feinkeramischen Industrie seien mehr Frauen als in der deutschen beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit in der Porzellanindustrie stehe über dem Reichsdurchschnitt. Der Export gehe zurück. Die tatsächlichen Preise seien hinter den Kartellpreisen zurückgeblieben. Manche Preise seien niedriger als 1913. Die Aktienkurse seien gefallen. Ihre Forderungen seien bescheiden. Die Industrie müsse Erleichterungen haben, um bestehen zu können.

Es war das bekannte Jammerlied, das Dr. Warnke im Auftrag der Arbeitgeber sang.

Vom Kollegen Miertschke wurden unsere Forderungen noch einmal eingehend begründet. Er verwies besonders darauf, daß man die kranke Wirtschaft nicht mit verkehrten Mitteln heilen dürfe. Die Lehrlinge müßten besser bezahlt werden, und außerdem müsse für den Schulbesuch Bezahlung verlangt werden. Die Lehrlingsbestimmungen im Tarifvertrag seien den Zeitverhältnissen und Jugendforderungen mehr anzupassen.

Die Verkaufspreise für Porzellan und Steingut ständen mit den Fabrik-, und vor allem mit den Stückpreisen, in argem Mißverhältnis. Wer Porzellan kaufe, müsse sündhafte Preise bezahlen, dabei jammerten die Fabriken, daß sie zu billig verkaufen müßten, und die Arbeiter hätten erst recht eine kümmerliche Bezahlung für ihre Tätigkeit. Eine Stelle müsse doch dabei verdienen und den Rahm abschöpfen.

Wenn von Dr. Warnke bestritten werde, daß die Leistungen gestiegen seien, so verweise er auf das Beispiel Kahla. Dort hatten im Jahre 1927 insgesamt 6404 Beschäftigte für ein Aktienkapital von 9 Mill. RM zu arbeiten, und der Endeffekt ihrer Tätigkeit waren 27 Mill. RM Umsatz. Im Jahre 1929 war das Aktienkapital auf 12 Mill. RM erhöht, die Arbeiterzahl auf 4815 herabgesetzt, aber der Umsatz auf 30 Mill. RM gesteigert worden. Darin liege doch sicher eine ungeheure Leistungssteigerung.

Das Verlangen der Unternehmer nach Mehrarbeit könne er nicht gutheißen, denn es hätten sich bei notwendigen Ueberstunden noch nie Schwierigkeiten ergeben.

Unsere Tariflöhne stünden mit am tiefsten. Das könne nicht mehr so weitergehen und müsse endlich einmal geändert werden. Besonders bedürften die Frauenlöhne einer Erhöhung. Wenn etwa die Effektivverdienste gegeben würden, dürften die Arbeitgeber etwas erleben, was sie noch nie gesehen hätten.

Von den Kollegen Riemer-Vordamm, Kleiber-Marktredwitz, Meinhardt-Kahla, Kühn-Waldenburg und Bullmann-Margarethenhütte wurden besonders noch bezirkliche und betriebliche Tatsachen vorgetragen, die bewiesen, daß das von Herrn Dr. Warnke vertretene Material aus den Betrieben mit größter Vorsicht zu behandeln ist. Anscheinend retuschieren eine Anzahl Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie ihre Berichte an die Zentrale so stark, daß sie dadurch ein anderes Aussehen bekommen. Vor allem wurde auch darauf verwiesen, daß Unternehmer mittels Schikanen, Lohndruck und Gewaltmaßnahmen bei ihren Belegschaften eine Stimmung erzeugten, die auf alles andere, nur nicht auf Zusammenarbeit und Interesse an der Industrie schließen läßt. Viele Arbeiter sind schon durch das Verhalten der Unternehmer und ihrer Vertreter dahin gebracht, daß sie sagen: An der Industrie liegt uns nun nichts mehr. Wir haben lange genug gedarbt. **Wir wollen leben!**

Diese Worte zeigen mehr als alles andere, wohin es die Porzellan- und Steingutindustriellen mit ihrer Arbeiterbehandlung gebracht haben. Dieses Symptom drückten die Lohn- und Tarifverhandlungen mit aller Deutlichkeit aus.

Nach den öffentlichen Verhandlungen trat ein Schiedsgericht zusammen, dem neben den drei genannten Schlichtern von unserer Seite die Kollegen Karl, Griesbach und Fromm, und von den Arbeitgebern Dr. Rock, Arndts und Dr. Furbach angehörten. In den späten Nachtstunden des Sonnabend kam dann folgender Schiedsspruch heraus:

I. Der ab 1. April 1930 gültig gewesene Reichstarifvertrag für die Deutsche Feinkeramische Industrie wird wieder in Kraft gesetzt mit folgenden Abänderungen:

Im § 5, Ziffer a), vorletzte Zeile, wird das Wort „voll" gestrichen.

Im § 20, Abs. 1, wird hinter dem Wort „Lebensalter." folgender Satz angefügt: „Wird über eine Neuregelung der Löhne verhandelt, während der Mantelvertrag weiterläuft, so kann auch über eine Neuregelung der Effektivverdienste der Akkordarbeiter verhandelt werden."

Im § 20, Ziffer b), wird eingefügt:

Sonstige Arbeiter:
„14 bis 15 Jahre".

Im § 20 d) wird eingefügt:

Sonstige Arbeiterinnen:
„14 bis 15 Jahre".

Der Satz: „Die Entlohnung" bis „geregelt" wird gestrichen.

Im § 20, drittletzter Absatz, wird hinter dem zweiten Satz eingefügt:

„Hierbei ist die gesetzliche Arbeitervertretung zu hören."

§ 20, letzter Absatz, wird gestrichen.

Im § 22 wird im Absatz 1 folgender Satz hinzugefügt:

„In Abteilungen, in denen Arbeiter über 24 Jahre bzw. Arbeiterinnen über 20 Jahre nicht beschäftigt werden, gilt als Akkordbasis der um 25 Proz. erhöhte Mindeststundenlohn des Arbeiters von 20 bis 24 Jahren, bzw. der Arbeiterin bis 20 Jahre."

Im § 23, Abs. 2, wird statt der Worte: „mit dem Arbeiterrat" gesetzt: „mit der gesetzlichen Arbeitervertretung".

Im § 26 werden Abs. 1 und 2 durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Die Akkordlöhne werden unter Zuziehung einer von der gesetzlichen Arbeitervertretung zu bestellenden Preiskommission, die aus höchstens drei Arbeitern, bei Facharbeiterakkorden nur aus gelernten Arbeitern bestehen darf, festgesetzt.

Entstehen hierbei Meinungsverschiedenheiten, so ist eine Vereinbarung mit der gesetzlichen Arbeitervertretung, erforderlichenfalls unter Zuziehung von Vertretern der Tarifparteien, herbeizuführen.

Bis zur endgültigen Festsetzung des Akkordlohnes muß auf Verlangen der Betriebsleitung der Artikel im provisorischen Akkord hergestellt werden. Hierfür erfolgt eine Bezahlung mit der tariflichen Akkordbasis als vorläufigem Stundenlohn. Nach endgültiger Festsetzung des Akkordlohnes nach den Regeln des § 22 ist der etwa sich ergebende Unterschied zwischen dem festgesetzten Akkordlohn und dem vorläufig gezahlten Lohn nachzuzahlen."

Im § 29, Abs. 2, werden die Worte „für beide Teile" gestrichen. — Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Streitigkeiten sind möglichst durch Zuziehung von Vertretern der Tarifparteien zu regeln."

Im § 37, Abs. 2 wird der erste Satz („Die Entschädigung" bis „Ueberstunden") gestrichen.

Im § 37, Abs. 4, Zeile 2 werden die Worte „über einen Monat" ersetzt durch die Worte: „über drei Monate".

Im § 39, Zeile 1, wird hinter dem Worte „Arbeiter" eingefügt: „und bei fristgemäßer Kündigung durch den Arbeiter".

Im § 39, Abs. 1 wird hinter dem Worte „zahlen" angefügt: „(Siehe protokollarische Feststellungen.)" „Die Entschädigungspflicht entfällt, wenn ein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung vorlag."

An Stelle § 39, Abs. 2 und 3 tritt folgende Bestimmung:

„Bei den durch eine Betriebsstillegung im Rahmen der Verordnung vom 8. November 1920 — 15. Oktober 1928 — entlassenen Arbeitern bleibt bei Wiedereinstellung nach Beendigung der Stillegung der Urlaubsanspruch erhalten. Bei Berechnung der Urlaubshöhe ist dann § 37, Abs. 4 und 5 zu beachten. Bei Wiedereinstellung im gleichen Kalenderjahr ist ferner der bei der Stillegung abgegoltene Teilurlaub in Abzug zu bringen."

„Dieser Vertrag tritt am 1. Oktober 1930 in Kraft. Er gilt bis auf weiteres und ist mit einer Frist von zwei Monaten zum Schluß eines Monats, erstmalig zum 30. April 1932, kündbar."

Die protokollarischen Feststellungen bleiben mit folgenden Abänderungen in Kraft:

Als Ziffer IV. wird eingefügt: „Zu § 8. Schwerbeschädigte unterliegen — unbeschadet der zwingenden Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes — den Vorschriften des § 8."

Als Ziffer VI wird folgende Bestimmung eingefügt:

„Zu § 39, Abs. 1. In Fällen von Entlassung kranker Arbeiter wird die anteilige Urlaubsentschädigung nur für soviel Monate des laufenden Kalenderjahres gewährt, als der Arbeiter im Betriebe tatsächlich gearbeitet hat."

Die Vereinbarung über die Tarifschiedsämter bleibt in Kraft.

II. Das Ueberzeitabkommen vom 1. April 1930 bleibt unverändert in Kraft und hat dieselbe Geltungsdauer wie der Manteltarifvertrag.

III. Der Lohntarifvertrag erhält folgende Fassung:

1. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 bleiben die Lohntafeln A und B, die seit dem 1. April 1930 in Geltung gewesen sind, in Kraft mit der Maßgabe, daß eingefügt wird:

In Lohntafel A unter der Rubrik „Sonstige Arbeiter"

Von 14—15 Jahren	24	21	19	18

Bei der Rubrik „Sonstige Arbeiterinnen" wird eingefügt:

Von 14—15 Jahren	16	15	13	13

In der Lohntafel B wird eingefügt in der Rubrik „Sonstige Arbeiter":

Von 14—15 Jahren	26	23	21	20

In der Rubrik „Sonstige Arbeiterinnen" wird eingefügt:

Von 14—15 Jahren	18	17	14	14

2. Diese Lohnregelung gilt bis auf weiteres. Sie kann von jeder Partei jeweils mit einer Frist von zwei Monaten, zum Monatsschluß, erstmalig zum 30. April 1931, gekündigt werden.

Erklärungsfrist gegenüber dem Vorsitzenden (Adresse: Bremen, Rathaus) und unter den Parteien bis Dienstag, den 7. Oktober 1930, mittags 12 Uhr.

Leipzig, den 27. September 1930.

gez.: Dr. Völckers.
gez.: Kramer. gez.: Böhm.

Ueber die Ablehnung bzw. Annahme des Schiedsspruches werden die Tarifparteien ihre Entscheidungen noch treffen.

*

Unsere Verhandlungskommission bildeten die Kollegen Apel, Karl, Miertschke, Erdmann, Frentzel, Griesbach, Hoffmann, Meinhardt-Kahla, Kühn-Waldenburg, Uhlmann-Meißen, Müller-Katzhütte, Rüger-Selb, Uwelius-Sonneberg, Mader-Hornberg, Kleiber-Marktredwitz, Bullmann-Margarethenhütte, Thiem-Weiden, Schoof-Neuhaldensleben, Riemer-Vordamm und Nenninger.

Forderungen der Arbeitgeber.

Blühende Phantasie haben die Arbeitgeber entwickelt in ihren Wünschen zur Umgestaltung des Tarifverhältnisses ab 1. Oktober 1930. Wir greifen zunächst einmal die Manteltarifverhandlungen heraus. Da hatte es ihnen der Absatz b zum § 5 besonders angetan. Obwohl die Waschpausen nur als Kannbestimmung in diesem Paragraphen festgelegt sind, war ihnen das noch zu weitgehend, und sie forderten Streichung des ganzen Absatzes.

Ihre Forderungen zu den §§ 8 und 9 (§ 616 und § 615 BGB.) sind ungefähr dieselben gewesen wie im Frühjahr dieses Jahres. Vorangestellt haben sie ihren Forderungen den Satz: „Bezahlt wird nur die tatsächlich geleistete Arbeit". Soweit sie überhaupt noch versäumte Arbeitszeit bezahlen wollten, sollte dies nur für zwei Stunden und für die Gesamtdauer eines Jahres, an zusammengerechnet drei Arbeitstagen gewährt werden. Wenn die versäumte Arbeitszeit zu Lasten des Arbeitgebers ging, sollte gleichfalls die Entschädigung weitgehend herabgesetzt oder überhaupt gestrichen werden. Zu diesem Zweck forderten sie Streichung des Absatzes 4 und 5 des § 9. Die Arbeiter sollten bei Sonntagsarbeit ohne Zuschlag leisten.

Eine überlegte Forderung, Gießern und Garnierern der Spülwaren-Industrie die Facharbeiterschaft abzusprechen, tauchte auch diesmal wieder auf. Im Absatz 2 des § 14 sollte hinter „nachweisbar" das Wort „ununterbrochen" eingeschaltet werden, d. h. es sollte in Zukunft die Facharbeiterentlohnung nicht mehr durch 3½- bezw. 4½jährige Tätigkeit in der fraglichen Sparte erworben werden, sondern Unterbrechungen während dieser Zeit durch Krankheit, Kurzarbeit oder andere Umstände sollten diese Möglichkeit hinausschieben, so daß evtl. fünf, sechs oder mehr Jahre benötigt worden wären, um die Facharbeiterentlohnung zu erreichen.

Die Forderungen zu den §§ 22, 26 und 29 sind so schön, daß wir sie in ihrer ganzen Schönheit hier abdrucken. Eigentlich bedürfen diese Forderungen gar keines Kommentars.

§ 22. Absatz 1: Die Akkordsätze werden von der Betriebsleitung für die in § 20 vorgesehenen verschiedenen Gruppen und Altersklassen auf Grund der Durchschnittsleistungen und der um 25 Proz. erhöhten Mindeststundenlöhne festgesetzt.

Absatz 2: Bei der Festsetzung der Durchschnittsleistungen und der Akkordsätze kommen in Frage: . . . .

(Siehe protollarische Feststellungen.)

§ 26. Entstehen über neuerrechnete Stücklohnpreise Streitigkeiten mit den die fraglichen Artikel herstellenden Arbeitnehmern, so ist mit der Werkstattkommission, die aus höchstens drei Arbeitern, bei Facharbeitersparten nur aus gelernten Arbeitern, bestehen darf, zu verhandeln. Wenn keine Verständigung erzielt wird, so wird die Arbeit von einem Meister oder von gleichwertigen Arbeitern mittlerer Leistungsfähigkeit probeweise im Lohn hergestellt und der Akkordsatz unter Zugrundelegung der so ermittelten Zeiten endgültig festgesetzt. Bis zu der auf diese Weise erfolgten endgültigen Festsetzung des Akkordsatzes muß auf Verlangen der Betriebsleitung der fragliche Artikel im provisorischen Akkord hergestellt werden, wofür eine Bezahlung mit der tariflichen Akkordbasis als vorläufigem Stundenlohn erfolgt. Nach endgültiger Festsetzung des Akkordsatzes oder der Stückzeit ist der etwa sich ergebende Unterschied im Verdienst nachzuzahlen.

§ 27. Sämtliche Akkord- und Lohnsätze sind: . . . .

§ 28. Absatz 1, Satz 2: Voraussetzung hierfür ist, daß dadurch der Arbeitsanteil des Akkordsatzes nicht vermindert wird.

§ 29. Aendert sich die Arbeitsweise, z. B. infolge Einführung neuer Maschinen, Arbeitsmethoden oder -materialien, oder wird das Muster so geändert, daß eine Vermehrung oder Verminderung der Arbeitsleistung eintritt, usw., so sind die Akkordsätze entsprechend neu festzusetzen. Das gleiche gilt bei Einführung neuer Muster.

Liegt ein Fehler in der Preisberechnung vor, so ist eine Richtigstellung des betreffenden Akkordsatzes vorzunehmen.

Absatz 3 streichen.

Clou der Forderungen war Festsetzung der Akkordsätze durch die Betriebsleitung. Erst in Streitfällen sollte gnädigichst die Werkstattkommission hinzugezogen werden. Bei diesen Forderungen ist man selbst vor Wortspielen nicht zurückgeschreckt, in denen man das Wort Akkordpreis ersetzen wollte durch Akkordsatz. Auch im § 29 beliebte man ein solches Wortspiel. Dort sollte im ersten Absatz das Wort „vereinbaren" ersetzt werden durch das Wort „festzusetzen", d. h. also, bei der Festsetzung sollte die Preiskommission nicht mitwirken, deren Mitwirkung schon in dem Wort „vereinbaren" lag. Die Streichung des Absatzes 3 des § 29 hätte bedeutet, daß nunmehr auf der ganzen Linie feste Akkordpreisabbau vorgenommen werden konnte. Zum § 22 hatten die Arbeitgeber folgende protokollarische Feststellung vorgeschlagen:

Protokollarische Feststellung.

Zu § 22. Steht offensichtlich fest, daß die Arbeitsleistung bei einem Artikel die gleiche ist wie bei einem anderen Artikel, für den schon ein gültiger Akkordpreis besteht, oder bieten sich bei nicht gleicher Arbeitsleistung sonstige einwandfreie Vergleichsmöglichkeiten, so kann der Akkordpreis für

ben neu zu errechnenden Artikel auch in Anlehnung und durch Vergleich mit schon bestehenden Akkordpreisen gefunden werden.

Damit wollte man erreichen, die in den Betrieben so beliebte Vergleichspolitik bei Stückpreisfestsetzung vertraglich festzulegen. Es wäre einfach behauptet worden, der neue Artikel sieht dem Artikel sowieso ähnlich und braucht daher nicht mehr als dieser Artikel zu kosten, und darüber braucht nicht verhandelt zu werden.

Auch zu den Defektbestimmungen wurden Abänderungen im Interesse der Arbeitgeber gefordert.

Der Urlaub sollte in Zukunft mit zwei Tagen beginnen und mit der Höchstdauer von neun Tagen enden. Im Absatz 3 des § 34 sollten die Wörter „Krankheit bis Betriebes" gestrichen werden; mit andern Worten, jemand der durch Krankheit, Streik, Aussperrung oder völlige oder teilweise Stillegung des Betriebes aus dem Werk ausgeschieden ist, sollte im Sinne der Urlaubsgewährung ein völlig neues Arbeitsverhältnis beginnen. Bei Urlaubsgewährung während einer Kurzarbeitsperiode soll nur die der Arbeitszeit entsprechende verkürzte Entschädigung zur Auszahlung kommen. Im Absatz 5 haben die Arbeitgeber wieder das Wörtchen „Nichtarbeit" hinein verarbeitet und zielten dabei besonders auf die Kranken, die bei Krankheitsdauer von mehr als 14 Tagen evtl. eine Urlaubskürzung über sich ergehen lassen sollten. § 39 Absatz 2, Urlaub und Stillegung betreffend, sollte gestrichen werden und dem Absatz 3 sollte ein neuer Passus angehängt werden, daß bei einer Erkrankung über drei Monate, die Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat, der Anspruch auf Urlaub oder Urlaubsentschädigung entfallen sollte.

Die bescheidene Regelung der Lehrlingsverhältnisse in § 44 unseres Vertrages sollte radikal beseitigt werden, damit eine noch stärkere Durchsetzung der Betriebe mit Lehrlingen möglich und diese entsprechend ausgenutzt werden könnten.

Aus dem Ueberzeitabkommen sollten alle Bestimmungen herausgelassen werden, die eine Einschränkung des Rechtes, zu jeder Zeit Ueberstungen zu fordern, bedeuteten. Ferner sollte die Nachprüfungsmöglichkeit der Notwendigkeit von Ueberstunden durch den Arbeiterrat verhindert werden.

Die Lohnforderungen, die die Arbeitgeberseite gestellt hat, mit den dazu gehörigen Lohntafeln wollen wir wiederum unseren Kollegen nicht vorenthalten, damit sie sehen, wie der neue Tariflohn beschaffen sein sollte.

Lohnforderungen.

1. Ab 1. Oktober 1930 gelten die in der Anlage beigefügten Lohntafeln.

2. Darüber hinaus ist der Arbeitgeber berechtigt, die Akkordpreise und Zeitlöhne um 15 Proz. zu ermäßigen, jedoch dürfen bei den Zeitlöhnen die Sätze der neuen Lohntafeln nicht unterschritten werden; bei den Akkordpreisen sind die Bestimmungen über die Festsetzung der Akkordpreise gem. § 22 RTV. zu beachten.

Lohntafel A.

Gültig ab 1. Oktober 1930.

	Ortsklasse Groß-Berlin	A	B	C
Facharbeiter:				
Im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit	51	45	41	41
Akkordbasen	96	89	79	76
Sonstige Arbeiter:				
Von 15 bis 16 Jahren	29	25	23	21
Ueber 24 Jahre	70	61	56	55
Akkordbasen	88	76	70	69
Facharbeiterinnen:				
Im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit	31	29	25	23
Akkordbasen	60	53	49	48
Sonstige Arbeiterinnen:				
Von 15 bis 16 Jahren	19	17	16	16
Ueber 20 Jahre	42	39	33	32
Akkordbasen	53	49	41	40

Lohntafel B.

Gültig ab 1. Oktober 1930.

	Ortsklasse Groß-Berlin	A	B	C
Facharbeiter:				
Im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit	59	52	48	46
Ueber 24 Jahre	91	82	78	71
Sonstige Arbeiter:				
Von 15 bis 16 Jahren	31	28	25	23
Ueber 24 Jahre	76	68	61	60
Facharbeiterinnen:				
Im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit	33	32	30	29
Ueber 20 Jahre	56	49	43	42
Sonstige Arbeiterinnen:				
Von 15 bis 16 Jahren	20	18	17	16
Ueber 20 Jahre	45	41	38	35

Eine solche exorbitante Lohnkürzung glaubten die Arbeitgeber fordern zu können, obwohl unsere Tariflöhne wirklich bei einem Vergleich mit anderen Reichstarifverträgen nicht zu den besten gehören. Darüber hinaus verlangten die Arbeitgeber eine Kürzung der Akkordpreise und Zeitlöhne um 15 Proz., soweit dadurch die Tariflöhne nicht unterschritten werden. Auch diese Forderung ist nicht neu. Sie wurde erstmalig im März 1929, allerdings nicht in dieser Höhe, gestellt. Obwohl schon damals den Arbeitgebern unsererseits gesagt worden ist, daß sie mit einer solchen Forderung das ganze Interesse an der Akkordarbeit zerstören müssen, haben sie es über sich gebracht, diese Forderung erneut und noch in höherem Maße zu stellen. Solche Forderungen müssen für unsere Kollegen eine Warnung sein, ihre Leistungen zu überspannen. Die Arbeitgeber machen sich kein Gewissen daraus, solche überspannten Leistungen mit Herabsetzung der Preise zu strafen oder gar dieselben Leistungen im Zeitlohn zu fordern.

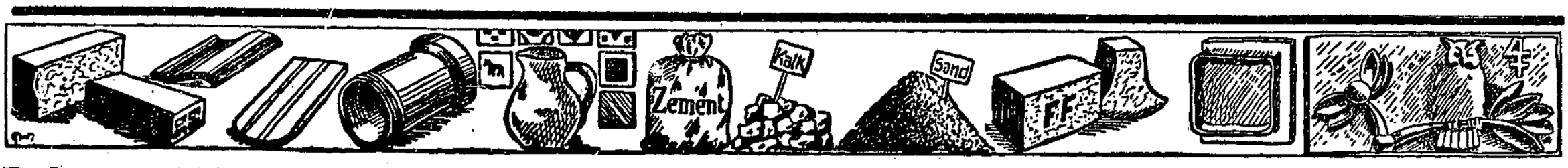
Schwarzenhammer.

Vor 25 Jahren entstand in dem schön romantisch gelegenen Oertchen Schwarzenhammer (der Perle des Egertals) die Porzellanfabrik Schumann & Schreiber. Diese Fabrik hat sich während der 25 Jahre von Stapelwaren auf bessere Qualitätswaren umgestellt; auch die Einrichtungen des Betriebes entsprechen zum weitaus größten Teil der Neuzeit.

Während des ersten Vierteljahrhunderts hat sich nicht nur im Betrieb manches erneuert, auch die fleißige Arbeiterschaft hat umgelernt, so daß heute mit Stolz gesagt werden muß, daß in Schwarzenhammer ein guter Stamm von Facharbeitern vorhanden ist, der zum Aufstieg des Betriebes mit beigetragen hat.

Auch die Organisationsverhältnisse haben sich trotz aller Widerwärtigkeiten in Schwarzenhammer gefestigt. Die Arbeiterschaft mußte schon öfters den Fehdehandschuh aufnehmen und schwer um ihre Existenz kämpfen. Mögen die der Organisation noch Fernstehenden zum Betriebsjubiläum einsehen, daß sie während ihrer 25jährigen mühevollen Arbeit kaum ihr nacktes Leben fristen konnten, während gegenüber der Fabrik ein herrlicher Bau mit wundervollen Anlagen entstanden ist. Auch sie als Abseitsstehende gehören mit in die Reihen der großen Organisation, dem Keramischen Bund, Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes.

Der Wunsch der Arbeiterschaft zum 25jährigen Betriebsjubiläum wäre, daß die Einschränkungen der Produktion in der gesamten Porzellanindustrie, sowie in dem Jubiläumsbetrieb, recht bald ein Ende nehmen würden, damit die Arbeiterschaft wieder ihrer regelmäßigen Arbeit nachgehen kann, um einigermaßen ihr Leben fristen zu können. R.



Zusammenschlußbestrebungen in der europäischen Zementindustrie.

In der europäischen Zementindustrie ist die Lage noch völlig ungeklärt. Man hat davon gesprochen, und die Tageszeitungen wußten bereits über Verhandlungen zu berichten, daß ein europäisches Zementkartell im Werden begriffen sei. Nun muß man ja bei der internationalen Verbundenheit der Unternehmen mit allem rechnen, aber daß es jetzt schon gelingen sollte, ein europäisches Zementkartell zu gründen, daran sind doch Zweifel berechtigt. Noch lehnen die belgischen und, wenn man den Erklärungen Glauben schenken darf, auch die deutschen Zementindustriellen derartige Pläne ab. Auch scheint in Italien und vor allem in Spanien gar keine Neigung zu einer kartellartigen Zusammenfassung zu bestehen. In Spanien konnten die Zementfabriken trotz eines von der Regierung erlassenen Gesetzes, das den Zusammenschluß fördern soll, noch immer nicht unter einen Hut gebracht werden. Die internationale kartellartige Zusammenfassung liegt daher wohl noch in weiter Sicht. Aber, wie gesagt, muß man auf Ueberraschungen gefaßt sein, denn hinter den Kulissen wird meistens anders gearbeitet. Die lauten Erklärungen sind für die Oeffentlichkeit bestimmt.

Auf jeden Fall wird man gut tun, wenn man die Bestrebungen der Unternehmer im Auge behält. Offenbar weiß man augenblicklich selbst noch nicht, was man will. In Deutschland laufen die Bemühungen auf die Steigerung des Absatzes hinaus, in Italien will man auf jeden Fall die Preise hochschrauben, Frankreich hat eine Verständigung mit Deutschland gesucht und hinsichtlich des Saargebietes auch gefunden, Belgien hat sich ein Exportkartell gegründet, und in Spanien erwägt man wieder, wie schon vor zwei Jahren, die Senkung der Zementzölle. Wohl fühlt man sich nirgendwo, und überall liegt man auf der Lauer, den Nachbar bei einer Unregelmäßigkeit zu ertappen. Zwischenher hat man in den Hauptproduktionsländern nichts unversucht gelassen, die Regierungen und Parlamente für eine weitere Aufstockung der Zollmauern zu gewinnen. Zollerhöhungen sollen helfen, wenn die soviel gerühmte freie Unternehmerinitiative nicht mehr weiter kann. Der Widersinn der kapitalistischen Profitwirtschaft gibt sich hier in seiner ganzen Sinnlosigkeit zu erkennen.

In Deutschland selbst geht auch alles drunter und drüber. Man hat schon soviel organisiert, ist aber anscheinend immer noch nicht mit dem Ergebnis zufrieden. Das Bündnis zwischen dem Osten und Mitteldeutschland ist mit Ach und Krach zustande gekommen, auch Nord- und Süddeutschland hat sich gefunden. Aber es fehlt der Westen, und ohne den Westen ist alle Verständigung nur eine halbe Verständigung. Der mächtige Westdeutsche Zementverband, der unter Führung Hompels steht, will sich nicht so ohne weiteres in die Front einreihen. Hompels ist es auch, der dauernd, und in letzter Zeit mit herausgekehrter Schärfe, von der Auflösung der Zementverbände spricht. In eingeweihten Kreisen will man allerdings wissen, daß dieses nicht ohne Absicht geschieht. Man will die ganze deutsche Zementindustrie unter einen Hut bringen, und Hompels möchte dabei die Führung übernehmen. So hat sich der Westdeutsche Zementverband eine Stelle erobert, die nicht unterschätzt werden darf. Auch die Arbeiterschaft muß diesen Gegner beachten, und wenn es unlängst der Westdeutsche Zementverband gewesen ist, der eine Lohnsenkung gefordert hat, so müssen die Arbeiter wissen, was dahinter steckt.

Die Wickingschen Portlandzement- und Wasserkalkwerke nehmen im Westen Deutschlands eine führende Stellung ein. Alle Maßnahmen, die Wicking in den letzten Jahren getroffen hat, sind diktiert gewesen von der Sorge um seinen Absatz. Wicking hat nicht nur die Interessengemeinschaft mit Heidelberg-Mannheim-Stuttgart aufkündigen lassen, sondern auch dafür gesorgt, daß der Westdeutsche Verband nie länger als um ein Jahr verlängert werde. Wicking hat ferner in einer Zeit, in der man Neubauten am besten nicht unternimmt, begonnen, in Neuwied ein Riesenwerk aufzurichten. Wie jetzt mitgeteilt wird, wird seine ursprünglich vorgesehene Kapazität noch erheblich erweitert. Ausschlaggebend war für Wicking zunächst Frachtersparnis, denn er hat sich mitten in das Absatzgebiet hineingesetzt. Wenn er auch nicht glaubt, daß seine übrigen Unternehmungen darunter leiden, so kann man hinter diesem Optimismus ruhig ein Fragezeichen sehen. Wicking tut es nämlich selbst, indem er seine Hand nach dem Ausland streckt. Im übrigen hat Generaldirektor Hompels auf der vor kurzem stattgefundenen Hauptversammlung der Wickingwerke erklärt, daß die Errichtung des großen Werkes in Neuwied kein Hindernis sei für die Verbandserneuerung. Allerdings gestatte die Inbetriebnahme des Neuwieder Werkes, die Entwicklung der Verbandsverhältnisse mit größerer Ruhe entgegenzusehen. Hompels hat aber auch durchblicken lassen, daß der Aufbau des Westdeutschen Zementverbandes in mancher Hinsicht anders gestaltet werden soll.

Welche Wendung aber auch die Dinge nehmen mögen, gegen die Arbeiter sind alle Maßnahmen gerichtet. Zunächst hat man es auf die Löhne abgesehen. Daraus ergibt sich für die Arbeiterschaft die Notwendigkeit, fester denn je zusammenzustehen.

Klein.

Eine verdiente Abfuhr.

Die trostlosen Lohn- und Arbeitsbedingungen in der oldenburgischen Torfindustrie veranlaßten die Torfarbeiter zur Schaffung einer starken einheitlichen Organisation. Diese, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, konnte im letzten Jahre für die Torfarbeiter eine selbständige Zahlstelle in Scharrel gründen. Trotz der schlechten Wirtschaftslage gelang es der jungen Zahlstelle, wesentliche Erfolge zu erzielen.

Diese Entwicklung ist aber begreiflicherweise nicht nur den Torfwerksbesitzern unangenehm, sondern mit noch viel größerem Haß und Verleumdung soll diese Vorwärtsentwicklung in der oldenburgischen Torfindustrie durch die christlichen Gewerkschaften wieder vernichtet werden.

Besonders bemüht sich seit längerer Zeit der christliche Angestellte Degenhardt aus Bremen um diese für ihn hohe Aufgabe; er glaubte auf Grund der religiösen Einstellung der Bevölkerung Südoldenburgs für sich und seine Gewerkschaft gute Geschäfte machen zu können.

Wiederholt haben ihm die Torfarbeiter Oldenburgs seine Zersetzungsarbeit im Interesse der Arbeitgeber vor Augen geführt und kein Hehl daraus gemacht, daß die Kirche und Gewerkschaft für die Arbeiter zweierlei ist, so daß er einen Erfolg bisher nicht buchen konnte.

Aber die Wahlbewegung sollte nun behilflich sein, um unter dem Deckmantel der Zentrumspartei den freien Gewerkschaften den Todesstoß zu geben. In einer öffentlichen Wählerversammlung der Zentrumspartei in Sedelsberg blieb es dem Angestellten Degenhardt vorbehalten, mit offensichtlicher Verleumdung über die freien Gewerkschaften herzufallen; er hoffte, durch die Hilfe der Pastoten und aller anderen an der Vernichtung der freien Gewerkschaften interessierten Kreise sein Ziel zu erreichen. Durch Verteilung von Flugschriften, die sich an Gemeinheit und Verleumdung von den nationalsozialistischen nicht mehr unterscheiden, sollte die große Entscheidungsversammlung zum 28. September vorbereitet werden. Er hoffte besonders durch seine Erkenntnis, daß er jetzt die freien Gewerkschaften als Heuchler und Lügner erkannt hätte, auf eine große Wirkung. Zwei christliche Angestellte waren zu dieser Versammlung in Sedelsberg erschienen, um die christlichen Arbeiter im roten Lager zu bekehren. Aber es kam anders als Degenhardt gedacht hatte. Die christlichen Arbeiter bemühten sich sehr, um Degenhardt und seine mitgebrachten Genossen von ihrem falschen Wege abzubringen, was der Referent Degenhardt im Schlußwort mit einer furchtbaren Beschimpfung der freien Gewerkschaften quittieren wollte. Da aber die anwesenden Arbeiter einer solchen Gemeinheit nicht stattgaben, wurde der Referent von den empörten Versammlungsbesuchern unterbrochen; es konnte der Kollege Ackermann die Versammlung nach einer Aufforderung an die Torfarbeiter, nun erst recht für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands zu werben, um durch den Zusammenschluß aller Torfarbeiter Oldenburgs die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, schließen.

Alle anwesenden Torfarbeiter, die bisher dem Fabrikarbeiterverband noch nicht angehörten, traten durch die christliche Versammlung noch am selbigen Abend dem Fabrikarbeiterverband bei. Die von den Christlichen verteilten Uebertrittsformulare waren dadurch gegenstandslos geworden.

Wahrlich, eine verdiente Abfuhr!

Bilanz der Baustoffindustrie.

Das Statistische Reichsamt hat kürzlich die Abschlüsse deutscher Aktiengesellschaften im letzten Vierteljahr 1929 veröffentlicht. Unter den 1469 Aktiengesellschaften, über die wir durch die Aufstellung der einzelnen Bilanzposten einen Ueberblick bekommen, befinden sich auch 65 Aktiengesellschaften der Baustoffindustrie. Ueberprüft man die Bilanzposten der Gesellschaften der Baustoffindustrie, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das Geschäft der Aktionäre sehr gut gewesen sein muß. Zwar weist die Uebersicht gegen 1928 eine Verringerung der Durchschnittsdividende und Kürzung der ausgeschütteten Gesamtdividendensumme auf, schwer aber läßt sich dies vereinbaren mit den Abschreibungen. Das Kapital, die Anlagewerte, die flüssigen Mittel, die Vorräte und offenen Reserven sind gestiegen. Die wichtigsten Bilanzposten der Baustoffindustrie weisen bedeutend günstigere Ziffern auf als die der Gesamtindustrie, trotzdem die Durchschnittsdividende hinter der der Gesamtindustrie, die 7,49 Prozent ausschüttete, zurückbleibt. In der Baustoffindustrie beträgt die Durchschnittsdividende 7,22 Proz. gegen 8,94 Proz. im Jahre 1928. Die Gesamtdividendensumme stellt sich auf 18,0 Millionen Reichsmark gegen 21,9 Millionen im Vorjahre. Vergleichshalber sei erwähnt, daß die von der Gesamtindustrie verteilte Dividendensumme 1929 rund 766 Millionen Reichsmark gegen 754 Millionen 1928 beträgt.

Die folgende Aufstellung, in der die wichtigsten Bilanzposten enthalten sind, zeigt uns die Abschlüsse der Baustoffindustrie und der Gesamtindustrie (in Millionen Reichsmark):

	Baustoffindustrie 1929	Baustoffindustrie 1928	Gesamtindustrie 1929	Gesamtindustrie 1928
Zahl der Gesellschaften	65	65	1 469	1 467
Nominalkapital	270,4	265,5	11 359,4	11 131,2
Anlagen	216,7	211,4	9 098,5	8 617,0
Vorräte	51,9	49,1	2 592,9	2 608,1
Flüssige Mittel	99,9	97,8	31 438,3	29 579,9
Offene Reserven	27,9	27,6	1 999,0	1 825,3
Langfristige Schulden	22,7	21,1	8 677,5	8 015,5
Kurzfristige Schulden	100,8	86,6	24 016,1	22 609,8
Jahresreingewinn	20,2	26,4	862,2	909,1
Jahresreinverlust	2,1	0,6	114,2	40,9

Im Vergleich zu den Abschlüssen der Gesamtindustrie schneidet die Baustoffindustrie außerordentlich günstig ab. Von einer Verlustwirtschaft kann gar keine Rede sein. Die Steigerung der Vorräte ist um so bemerkenswerter, da die Rohstoffpreise gesunken sind. Auf jeden Fall sind nach diesen Ergebnissen die Klagen der Unternehmer nicht berechtigt. Sie bauschen jede kleine Dividendenkürzung zu einer riesigen Geschäftspleite auf, und auch die im Frühjahr 1930 vorgenommenen Dividendenreduzierungen müssen herhalten, die Lage möglichst trostlos erscheinen zu lassen. Der Zweck liegt klar auf der Hand. Man will die Löhne abbauen, deshalb malt man die Lage schwarz. Niemals hat sich die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses für die Arbeiter zwingender ergeben als jetzt. E. R—n.

Um die Preise für Ziegelsteine und Hausbrandkohlen.

Der Reichswirtschaftsminister hat ein Schreiben an die Länderregierungen gerichtet, in dem er auf das Gutachten des Reichswirtschaftsrats bezüglich der Maßnahmen gegen Kartelle auf die Preisfestsetzung für Mauersteine und Hausbrandkohlen hinweist. Der Minister ersucht „in eine Nachprüfung der Preisstellungen auf diesen Wirtschaftsgebieten einzutreten und u. a. unter Anwendung der Auskunftspflichtverordnung vom 30. Juli 1923 sowohl bei den Lieferanten, die dem Kartell angehören, als auch bei den Außenseitern der Verbände und schließlich auch bei größeren Abnehmern festzustellen, ob die von den Verbänden festgesetzten und bekanntgegebenen Preise im Verkehr, sei es für bestimmte Arten von Geschäften, häufig nicht eingehalten werden". Es ist ja sehr löblich, wenn die Regierung immer wieder auf die Bekämpfung von Kartellmaßnahmen zurückkommt. Wir befürchten nur, daß alle diese Einzelaktionen sich als nutzlos erweisen.

Gaue- und Zahlstellen

Gau 8.

Geschäftsführerkonferenz.

Am 22. und 23. September 1930 kamen die Geschäftsführer in Gotha zusammen. Außer 24 Geschäftsführern waren vier Gauleiter und 2 Vorstandsvertreter erschienen.

Am 22. September wurden in der Hauptsache Kassen- und Abrechnungsfragen behandelt. Infolge der von der Konferenz beschlossenen Tagungsdauer war es dem vortragenden Kollegen Rennemann leider nicht möglich, die von ihm behandelten Fragen praktisch mit den Geschäftsführern durchzugehen. Trotzdem gelang es infolge des arbeitsgemeinschaftlichen Charakters des Vortrages, auch diesem Kreise eine erhebliche Anzahl Zweifelsfragen zu klären. Die einheitliche Benutzung und der richtige Gebrauch der üblichen Formulare und Kassenbücher wurde auch den Geschäftsführern demonstriert und zur Pflicht gemacht. Manch einer der Anwesenden dürfte etwas dazu gelernt haben.

Im Anschluß an diesen Punkt der Tagesordnung hielt Kollege E. Großmann, Hannover, ein Referat über: „Unsere nächsten Aufgaben."

Die am 23. September, vormittags, dann einsetzende Aussprache über den Vortrag kann in ihrem Ergebnis wie folgt zusammengefaßt werden:

Der auf der Arbeiterklasse lastende entsetzliche wirtschaftliche Druck ist der Ausfluß weltwirtschaftlicher Depression und weltpolitischer Einflüsse;

die freien Gewerkschaften sind nach wie vor bemüht, die Wirkungen dieser in ihrem Ausmaß fast beispiellosen Krise auf die Arbeiterklasse abzuschwächen;

ohne die freien Gewerkschaften wären Lohnabbau und Verschlechterungen der sonstigen Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer längst allgemein durchgeführt;

bleibt das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Gewerkschaften erhalten, dann wird auch diese Krise ohne katastrophale Rückschläge überwunden werden können;

alle demoralisierenden Einflüsse sind aufs schärfste zu bekämpfen, der Widerstand dagegen durch verstärkte gewerkschaftliche Propaganda zu erhöhen.

Aufmerksamkeit — Kampfbereitschaft — aber kein Pessimismus. E. Schö.

Notwendige Schulungsarbeit.

Ein Wochenendkursus für die ehrenamtlich tätigen Zahlstellenkassierer im Gau 8 fand am 20. und 21. September 1930 in Erfurt statt. In Form einer Arbeitsgemeinschaft wurden fast alle vorkommenden Arbeiten eines zweiten Bevollmächtigten theoretisch und praktisch behandelt. An Hand der im Verbande üblichen Formulare und Vordrucke wurde das Unterstützungswesen, die Buchführung und eine Quartalsabrechnung durchgearbeitet. Die am häufigsten gemachten Fehler wurden besprochen und die richtige Handhabung der Vordrucke demonstriert; die einschlägigen Bestimmungen der Verbandsstatuten erläutert. Die vielen aufgeworfenen Zweifelsfragen konnten vom Kursusleiter, Verbandsrevisor Kollegen Rennemann, Hannover, sofort geklärt und den Teilnehmern auf diese Weise mancher Fingerzeig für die praktische Tagesarbeit gegeben werden.

Der Verlauf dieses Kursus und die Zustimmung, die er allseitig bei den Teilnehmern fand, bewiesen die Notwendigkeit solch praktischer Schulungsarbeit. Alle 26 geladenen Zahlstellen waren durch den zweiten Bevollmächtigten vertreten. Schö.

Gau 12, Arbeiterinnen-Konferenz.

Am 28. September fand im Lokal „Hohenstaufen" in Mannheim für den Gau 12 eine Arbeiterinnen-Konferenz mit folgender Tagesordnung statt:

1. Arbeiterinnenschutz. Referentin: Frl. Dr. Siegquet, Karlsruhe.
2. Die Arbeiterinnenfrage in unserem Verbande. Referentin: Kollegin Zammert, Hannover.
3. Verschiedenes.

Gauleiter Kern-Ludwigshafen eröffnete um ½11 Uhr die Konferenz, an der außer einem Hauptvorstandsmitglied ein Gauvorstand, 11 Kollegen der Zahlstellen und 37 Kolleginnen aus den verschiedenen Betrieben teilnahmen.

Zu Punkt 1 führt Frl. Dr. Siegquet vom Gewerbeaufsichtsamt folgendes aus: „Was ist Arbeiterinnenschutz?"

Die Gesundheit ist das höchste und einzigste Gut, das der arbeitende Mensch besitzt. War in früheren Jahren die Frau hauptsächlich im Haushalt und mit der Erziehung der Kinder beschäftigt, so wurde durch die Erfindung der Dampfmaschine und die mechanisierte Arbeit die Frau in den Erwerbsprozeß eingezogen. Der heutige Frauenüberschuß von 12 Proz., mithervorgerufen durch den Krieg, macht eine Ausschaltung von Industriearbeit zur Utopie. Nach einer Statistik des Gewerbeaufsichtsamtes sind heute schon ein Drittel der verheirateten Frauen zur prozentualen Mehrleistung durch Haushaltsführung herangezogen. Gesunder Nachwuchs der Geschlechter gab mit Veranlassung der Arbeiterschutzbestimmungen, wie Verbot der Nachtarbeit, Regelung von Pausen, Einsetzung der Gewerbeaufsicht, Wöchnerinnenschutz usw. Trotzdem läßt der Gesundheitsschutz noch viel zu wünschen übrig. Die einseitige Arbeitsweise ist für den Frauenorganismus doppelt schädlich, besonders für die schwangere Frau gefährlich. Aufgabe und Pflicht der Frau ist es, im Interesse ihrer Gesundheit höhere Eitelkeit etwas zu dämmen, und wo nötig, Schutzhauben, Filzschuhe, Gummischürzen usw. zu tragen und zu verwenden, weil sich die Frau möglichst lange ihre Arbeitskraft erhalten muß; denn vorerst ist es ein Unding, die Frau aus [illegible] beitsprozeß zu verdrängen.

Die anschließende Diskussion, an der sich die Kolleginnen Lißig, Hazler, Schatz und Ulrich beteiligten, gab der Referentin Veranlassung, im Schlußwort Erfahrungen aus der Praxis bekanntzugeben.

Punkt 2: „Arbeiterinnenfrage in unserem Verbande." Kollegin Zammert verweist in ihren Ausführungen auf die Lage der Arbeiterinnen im heutigen Wirtschaftsleben und die Stellungnahme zur Organisation. Nach einer Statistik der letzten Berufszählung sind heute etwa 12½ Millionen Frauen erwerbstätig. Die Minderbezahlung der Frauenarbeit degradiert die Frau zum Ausbeutungsobjekt der Unternehmer. Mit Schuld trägt das mangelnde Klassenbewußtsein und das schlechte Organisationsverhältnis der Frau. Mehr Selbstbewußtsein sowie Selbständigkeit zur Besserung ihrer Lebenslage ist notwendig. Mit Unterstützung der Gewerkschaften und Bildungsformen, Arbeiterinnen-Agitationskommission, soll das Organisationsverhältnis im Interesse der Frauen gefördert werden. Aufgabe der Arbeiterin ist es, sich intensiver innerhalb der Betriebsrätebewegung zu beteiligen, um hierdurch Aufklärung und besseres Organisationsverhältnis zu schaffen. Ausführliche Darlegung über das Wirken und die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats bildeten den Schluß des Referats der Kollegin Zammert. Der überaus reiche Beifall mag der Referentin als Dank ihrer sachlichen Ausführungen gelten.

In der anschließenden Diskussion wies insbesondere die Kollegin Haßler auf die große Bedeutung der Frauenarbeit innerhalb unserer Industrien hin und forderte die anwesenden Frauen auf, sich recht zahlreich bei der Bildung der Agitationskommission zu beteiligen, um Besserung im materiellen und sozialen Leben der Frauen zu erreichen.

Nach der Wahl der Agitationskommission und dem Appell an die Anwesenden, das Gehörte nun auch innerhalb der Betriebe zu verwerten, schloß mit einem Hoch auf den Verband um 16.30 Uhr Gauleiter Kern die Konferenz. Spontan stimmten die Konferenzteilnehmer in das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" ein. Robert Meisezahl.

Gau 16, Frauenkonferenz.

Eine Frauenkonferenz im Gau 16 tagte am Sonntag, dem 21. September, in Düsseldorf mit folgender Tagesordnung:

1. Die Frau in der Produktion und Gewerkschaft. Referentin: Kollegin Zammert, Hannover.
2. Schutzvorschriften für gewerbliche Arbeiterinnen. Referentin: Kollegin Hackmann, Krefeld.
3. Verschiedenes.

Es waren anwesend: Die beiden Referentinnen, 2 Gauleiter, 2 Gauvorstandsmitglieder, 6 Angestellte, 4 weibliche Angestellte, 27 Kolleginnen aus den Betrieben, 4 Gäste und ein Mitglied des Verbandsbeirates.

Kollege Heering eröffnete die Konferenz. Er sprach den Wunsch aus, daß uns auch die diesjährige Frauenkonferenz in der Werbung neuer Mitglieder einen Schritt vorwärts bringen möge.

Kollegin Zammert begrüßte die Konferenzteilnehmer im Auftrage des Hauptvorstandes und betonte, daß der Vorstand die Maßnahmen bezüglich Heranbildung der Kolleginnen zu Mitarbeiterinnen nachdrücklich unterstützt. Sie gab in ihren Ausführungen einen Ueberblick über die Stellung der Frau im kapitalistischen Produktionsprozeß. Die Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zur Zeit des Frühkapitalismus veränderte auch die Stellung der Frau im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Die Eigenproduktion im Haushalt verschwindet immer mehr, und die freigewordenen Frauenkräfte strömen in die Fabriken. Die Steigerung der Zahl der erwerbstätigen Frauen zeigt die große Bedeutung der Frauenarbeit im volkswirtschaftlichen Leben klar auf. Die Frau muß deshalb auch ihren Fragen größeres Interesse entgegenbringen. Gerechte Entlohnung der Frauenleistung setzt bessere gewerkschaftliche Organisation der Frauen voraus. Es darf nicht länger so sein, daß immer ein verhältnismäßig großer Prozentsatz der Arbeiterinnen abseits der Organisation steht.

Auf die Mitarbeit der Frau im Betriebsrat ging Kollegin Zammert in längeren Ausführungen ein, und ebenfalls auf die Notwendigkeit der Schulung und Bildung der Kolleginnen. Gerade der Fabrikarbeiterverband hat auf diesem Gebiete viel getan. Die Frauenkonferenzen und Wochenendkurse sollen dieser Schulung dienen und mehr Kolleginnen zur Mitarbeit befähigen. Auch an den Kursen im Fabrikarbeiter-Schulheim zu Wennigsen nehmen Kolleginnen teil, doch dürften hierzu die Meldungen zahlreicher eingehen.

Mit einem Appell an die anwesenden Funktionärinnen, in der nächsten Zeit alle Kräfte zur Werbung neuer Mitglieder anzuspannen, schloß Kollegin Zammert ihre Ausführungen, die von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden.

An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Kowalski, Scharf, Hackmann und Ludwigkeit, sowie die Kollegen Kenntemich, Reuß und Gundlach.

Kollegin Hackmann gab einen Rückblick auf die Arbeiterschutzgesetzgebung. Sie führte dann weiter aus, daß erst die sogenannte große Arbeiterschutznovelle von 1891 einen erweiterten Arbeiterinnen- und Jugendlichenschutz brachte. 1910 sei die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf täglich 10 Stunden, Sonnabends auf 8 Stunden beschränkt worden. Nach dem Kriege wurden die Verordnungen über die Arbeitszeit erlassen. Sie machte längere Ausführungen über die zulässige Dauer der täglichen Arbeitszeit für weibliche Arbeitnehmer über 16 Jahre, über das Verbot der Nachtarbeit, den Sonnabend-Frühschluß, die Sonntagsarbeit, die Mindestruhezeiten und Mindestpausen. Sie streifte auch den Wöchnerinnenschutz und betonte, daß die Kolleginnen in ihrem eigenen Interesse die Mutterschutzbestimmungen besser beachten sollen.

Auch bei diesem Vortrag zeigte die große Aufmerksamkeit, daß die Rednerin mit ihren Ausführungen das Interesse der Konferenzteilnehmer gewonnen hatte.

An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Sabby, Scharf und Zammert, sowie die Kollegen Heering, Hoffmann, Kenntemich, Gertz, Bügener und Reimann.

Im Punkt „Verschiedenes" gab Kollege Heering das Programm der Gauleitung für diesen Herbst und Winter bezüglich der Frauenagitation bekannt. Er ließ seine Ausführungen ausklingen in den Worten, daß die Konferenz reiche Früchte tragen und den Gedanken verbreiten möge, daß ohne gewerkschaftliche Organisation keine Besserung der Lebensverhältnisse möglich ist. Er schloß mit einem Hoch auf den Fabrikarbeiterverband die gutverlaufene Konferenz. B. L.

Oberschlesien ein steiniger Boden.

Von einer Gewerkschaftsbewegung kann in Oberschlesien erst nach dem Kriege gesprochen werden. Auch hier ist noch die Frage aufzustellen, ob eine Bewegung, nämlich eine aufwärts [illegible]de, in diesem Gebiet vorhanden war und ist. Daß sich nach Ausbruch der Revolution die oberschlesischen Arbeiter und [illegible] organisierten, geschah nicht aus Ueberzeugung, sondern die Welle, die über das Land zog, riß sie mit. Es fehlte aber, wie auch in anderen Gegenden, die nötige Vorbildung, die Ausdauer und die Erkenntnis, sich in diese neue Bewegung zu vertiefen. Der oberschlesische Arbeiter tat das, was er gewöhnt war: „Als Arbeitsknecht geboren, danach gelebt und so auch gestorben!" Er nimmt, wenn er an seinem Arbeitsplatz steht, nicht Rücksicht auf seinen Körper. Er selbst legt im Grunde genommen nicht den Wert seiner Arbeit so dar, wie es gern und um so mehr die Arbeitgeber tun. Der oberschlesische Arbeiter wird bevorzugt, weil er sich als Arbeiter (seine Arbeitskraft gegen billigen Lohn) fühlt, Unterhaltungsstätten meidet, wo die sogenannte bessere Gesellschaft verkehrt, weil er wunschlos ist, keine Zeitung liest (nur dann, wenn wieder mal so eine Welle kommt); er versteht zum größten Teil nicht, weshalb sich die Menschen das Leben so schwer machen. Seine einzige Abwechslung ist in den häufigsten Fällen Alkoholgenuß und die in seine Wiege gelegte Pflicht, ein treuer Katholik zu sein.

Wenn wir auch in Oberschlesien radikale Richtungen vertreten haben (die letzte Reichstagswahl hat das bewiesen), so sind nach meiner Auffassung diese Radikalinskis das Opfer ihres bisher bescheiden geführten Lebens. Man will nun auf einmal ein besseres Diesseits! Sie haben kein Vertrauen mehr zu anderen Dingen. Uns vollkommen verständlich. In Wirklichkeit ist aber die Lebensweise und ihr Inhalt derjenige Faktor, der sie zu allem bestimmt, leider nur nicht zum Nachdenken und Nachsuchen der eigentlichen Fehler! Aus der Praxis hat man Erfahrungen gesammelt; Aufklärungsarbeit, die geleistet wurde, war in dem Moment zerschlagen, wo Köpfe sich dazwischen mischten, die ein großes Maul hatten und schrien: „Wer hat uns verraten? Die Bonzen und Sozialdemokraten!" Da wurde mit geschrien. Aber, lieber Kollege, frage nicht diese Schreier, womit die Bonzen sie verraten haben! Entweder bist du auch gleich Bonze oder du bekommst eben keine Antwort!

Sachliche Kritik, wo bist du? Antwort: Hier bin ich! Wo bist du? Antwort: Nu, hier bin ich, Pieronie Mensch, hörste mich nicht! — Ja, ich höre dich wohl, aber ich seh' dich nicht! — Das könnte man auf alle Gebiete anwenden, die bei uns im Lande „unterm Kreuz" gang und gäbe sind.

Deshalb ist der Boden, auf den unsere Gewerkschaftsbewegung aufgebaut werden soll, so schwer zu bearbeiten. Es geht — aber langsam. Sie wird stocken, sobald Arbeitslosigkeit eintritt. (In diesem Jahre ist die Arbeitslosenziffer dreimal so hoch wie im Vorjahre!) Die Gewerkschaftsbewegung läßt sich schwer halten, wenn dauernd Entlassungen in den Betrieben vorgenommen werden. Jetzt bereits wird in vielen Betrieben unter Tarif gearbeitet! Löhne von 40 Pf. pro Stunde, ja selbst bei gelernten Arbeitern, sind keine Seltenheit mehr! Frauenlöhne von 15 und 20 Pf. Jugendliche erhalten ähnliche Lohnsätze! Die Betriebsleitungen gehen einfach dazu über, den Lohn selbst festzulegen; der eine Arbeiter unterschreibt diesen Hungerlohn, der andere folgt ihm! Tut er das nicht, dann bitte: von draußen können Sie sich den Betrieb ansehen!

Wenn der Arbeiter einmal begreifen würde, daß er durch seine Bescheidenheit, durch seine Aufopferung der Arbeitskraft, durch seine Treue zum Arbeitgeber betrogen worden ist! Entweder schimpft er auf seine Klassengenossen oder er kriecht in seinen Winkel und fragt den Allmächtigen, welche Sünden er begangen hat!

Das oberschlesische Proletariat ist ein irregeführtes Proletariat! Durch diese Irreführung ist es um das Vertrauen zu sich und seinen Nächsten gebracht worden! Der oberschlesische Arbeiter hat recht, wenn er sagt: Niemand hat ihm geholfen, trotzdem er geschuftet und treu zu Gott gebetet hat. Wenn er aber zu dieser Erkenntnis kommt, dann sollte er doch endlich einen Schritt weitergehen, alle Kräfte anspannen, und wenn es noch so schwerfällt, und sagen: „Ich suche jetzt meinen Leidensgefährten, dem es auch so schlecht geht wie mir. Wir können uns nicht mehr auf andere verlassen, wir müssen einmal selbst dazu beitragen, daß das Stück Brot auf dem Tische größer wird!" Das ist keine Sünde! Das ist der Wunsch nach Gerechtigkeit! Das ist der Weg, der uns zu einer hellen Zukunft führt! Nicht auf andere schimpfen, sondern selber zeigen, selber kämpfen und selbst opfern! Denn es soll für dich und deine Familie sein!

en.

Abrechnung der Hauptkasse für das 2. Quartal 1930.

Einnahmen:

An Kassenbestand I. Quartal 1930:			RM
a) in der Hauptkasse	3 858 659,21 RM		
b) in den Zahlstellen	304 298,94 RM		4 162 958,15
„ Beiträgen			4 976 666,15
„ Extrabeiträgen			7 104,10
„ Mehr eingesandt von den Zahlstellen			39 999,52
„ Einzelmitgliedern			35,20
„ Ersatzbüchern			915,30
„ Kraftwagen			700,—
„ Protokollen			1,50
„ Büchern und Broschüren			4 604,23
„ Bürobedarf			1 537,30
„ „Proletarier"			320,49
„ Film			170,—
„ Zinsen			308 084,65
„ Zurückgezahlte Unterstützungen			7 622,92
„ Zurückgezahlte Beiträge			2 925,77
„ Sonstige Einnahmen			8 587,01
„ Aus dem Vermögensbestand			30 251,30
„ Beiträge zur Unterstützungskasse			14 618,90
		Summa	9 567 102,49

Ausgaben:

Per Erwerbslosenunterstützung:	a) an Reisende		2 464,43
	b) an Arbeitslose		1 170 890,66
	c) an Kranke		555 519,61
„ Invalidenunterstützung			284 761,48
„ Rechtsschutz			7 007,25
„ Gemaßregeltenunterstützung			5 157,53
„ Umzugsunterstützung			9 037,90
„ Notlageunterstützung			2 246,32
„ Sterbeunterstützung			90 144,10
„ Streikunterstützung			39 965,74
„ Anteile der Zahlstellen			1 685 114,65
„ Marken und Stempel			2 520,45
„ Porto, Postscheck und Bankspesen			5 899,30
„ Vorstand- und Ausschußsitzungen			1 287,60
„ Revisionen der Hauptkasse und Zahlstellen			1 433,45
„ Gehälter			101 363,30
„ Versicherungsbeträge			19 484,04
„ Druck und Papier des „Proletarier"			82 293,11
„ Versand des „Proletarier"			28 735,42
„ Betriebsräte- und Frauenzeitungen			1 865,63
„ Diverse Drucksachen			16 526,25
„ Versand- und Packmaterial			719,90
„ Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar			13 038,99
„ Büromaschinen und Reparaturen			2 027,10
„ Buchbinderarbeiten			25 758,25
„ Kraftwagen und Kraftwagenbedarf			9 135,85
„ Büromiete, Heizung, Licht, Reinigung			7 969,89
„ [illegible]oeinrichtungen und Bürobedarf			11 575,47
„ Bürohaus Rathenau-Platz			96 524,31
„ Tarifverhandlungen			9 254,13
„ Zentrale und lokale Tarifinstanzen			2 387,15
„ Konferenzen			16 328,08
„ Agitation			13 566,61
„ Film			1 474,02
„ Gauverwaltungen			192 582,—
„ „Keramischer Bund" einschl. Zeitung			180 007,—
„ Arbeiterwirtschaftsschulen und Kurse			811,60
„ Schule Wennigsen			26 500,—
„ Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund			31 853,30
„ Internationale Verpflichtungen			3 020,70
„ Verwaltung verschiedener Zahlstellen			21 327,98
„ Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt			63 537,38
„ Sonstige Ausgaben			4 236,95
„ Vermögensbestand			900 572,47
„ Kassenbestand am Schluß des 2. Quartals 1930:			
a) in der Hauptkasse	3 481 689,13 RM		
b) in den Zahlstellen	337 486,01 RM		3 819 175,49
		Summa	9 567 102,49

Hannover, den 30. September 1930.

August Brey, Vorsitzender.

C. Rößler, 1. Kassierer, Otto Stawitzki, 2. Kassierer.

C. Gremmels, H. Löbermann, Rich. Stolle, Revisoren.

Agitation unter den Kolleginnen — und was Kolleginnen dazu schreiben.

Warum überhaupt besondere Agitation unter den Kolleginnen? Ist sie nötig und erfolgversprechend? Ueber die steigende Bedeutung der Frauenarbeit in den für uns zuständigen Betrieben braucht nicht gestritten zu werden. Durch die wirtschaftliche Lage und die mit der Frauenarbeit zusammenhängende Frage der heutigen und praktischen Lohngestaltung weiß jeder, daß die Arbeiterinnenfrage wichtig ist. Nicht ganz so allgemein bekannt ist die Tatsache, daß einzig und allein nur die Gewerkschaften imstande sind, durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen Männerarbeit und Frauenarbeit in die Bahnen gesunder fortschrittlicher Entwicklung zu drängen. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, die materielle Lebenslage der Arbeiterinnen durch organisatorischen Zusammenschluß zu heben. Die Arbeiter in den modernen Betrieben haben besondere Veranlassung, den Kampf der Arbeiterinnen als ihren eigenen Kampf zu betrachten. Den Arbeiterinnen aber muß durch besondere Aufklärung der Weg zum organisatorischen Erfolg geebnet und verkürzt werden. Was ist da wohl unsere spezielle Aufgabe? Diese Frage müssen wir an unsere Kolleginnen und Kollegen richten — weil ohne Solidarität keine Erfolge mehr zu sehen wären und wir alle über diese Frage nachdenken müssen.

Die Agitation unter den Kolleginnen soll gefördert werden! Das wurde auch auf dem letzten Verbandstag klar zum Ausdruck gebracht. Die Frage ist nur oft: Wie? Die Beantwortung aber muß jedes Mitglied unseres Verbandes lebhaft interessieren. Unsere Verbandsleitung hat durch besondere Frauenveranstaltungen, wie: Konferenzen, Versammlungen, Kurse usw. zur Förderung und Weiterbildung der Funktionärinnen viel beigetragen. Sie hat auch durch ihre Druckschriften und Förderung der allgemeinen Mitgliederwerbung die Agitation ganz erheblich beeinflußt. Das ändert aber nicht die Tatsache, daß heute immer noch die Zahl der organisierten Kolleginnen in starkem Mißverhältnis zur Zahl der Beschäftigten steht.

Kürzlich wurden durch unser Arbeiterinnensekretariat für unsere Funktionärinnen Fragebogen herausgegeben, um festzustellen, inwieweit sich die Kolleginnen am Verbandsleben überhaupt beteiligen und Wege zur Belebung der Frauenagitation zu weisen vermögen. Diese Fragebogenangelegenheit ist noch nicht abgeschlossen. In unseren Verbandsorganen soll aber die Gelegenheit zur Diskussion schon hier aufgezeigt werden. Was sagen z. B. unsere Kollegen dazu, wenn in ernster Würdigung der Schwierigkeiten eine Mitarbeiterin doch dringende Forderungen an die Kollegen stellt oder die Zahlstellenleitungen zu größerer Aktivität auffordert? Alles selbstverständlich im Rahmen des Möglichen gesehen. Eine Kollegin schreibt: „Durch mehr Frauenveranstaltungen, mehr Vorträge sollen die Funktionärinnen im Interesse des Verbandes geistig gefördert werden. Gerade die Wochenendkurse zeigen, wie äußerst wichtig es ist, die Funktionärinnen zu schulen . . ." Eine andere Kollegin schreibt: „. . . Durch Aussprachen untereinander, durch Hausagitation, durch leicht verständliche Broschüren . . ." Wieder eine andere Kollegin sagt: „Es sollen regelmäßig Frauenversammlungen abgehalten werden, in denen das Interesse der Frauen für die Gewerkschaft geweckt und gefördert werden soll." Wiederholt aber kommt zum Ausdruck, daß „die Mitarbeit von Kolleginnen im Betriebsrat" die Agitation für den Verband fördere. Insgesamt gruppieren sich die Vorschläge um die Gebiete:

Hausagitation,
Frauenabende und Betriebsversammlungen mit Referentinnen,
Flugblätter,
Aufklärung über die Tätigkeit des Verbandes durch Film,
gesellige Unterhaltungsabende,
mehr Frauenfragen in den Verbandszeitungen behandeln,
Broschüren in erzählender Form herausgeben,
Filmvorträge,
sonstige Aufklärungsvorträge,
Betriebsagitation,
mehr Mitarbeit im Betriebsrat.

Außerdem wird auch erwähnt, daß die Agitation unter den Kolleginnen gefördert werden kann, bei „größerer Unterstützung durch die Kollegen im Betrieb". Eine Kollegin schreibt darüber: „. . . Hauptbedingung ist, daß uns die Kollegen tatkräftig unterstützen. Das bringt uns um manches vorwärts." Eine andere: „Wir bitten, daß die Männer unseren Bestrebungen mehr Interesse entgegenbringen." Eine dritte schreibt dazu: „Durch bessere Mitarbeit unserer eigenen Führer kann die Frauenagitation mehr gefördert werden."

Bei der Frauenagitation muß also sehr viel beachtet werden. Vor allen Dingen aber sollte es jede organisierte Kollegin für ihre Pflicht erachten, im Betriebe selbst oder auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte für den Verband zu werben. Das wird ebensosehr vorausgeschickt und beachtet werden müssen, wie gefordert werden muß, daß gute Ratschläge allseitige Beachtung finden. Die Meinung der Kolleginnen soll hier aber keineswegs nur angedeutet oder registriert werden. Diese Zeilen dienen der Anregung zur Stellungnahme im Interesse der Sache. Wir werden die Agitation unter den Kolleginnen in den Vordergrund aller Zahlstellenaufgaben rücken müssen, weil die Gewerkschaften vor schwierigen Kämpfen stehen, und wir als Fabrikarbeiterverband eine organisatorische Stärkung suchen müssen, die auch ausreichende Erfolge zu garantieren vermag. Die Ueberwindung der Gleichgültigkeit aber ist eben die schwerste Aufgabe. Das gilt keineswegs nur für Kolleginnen. Mehr Werbung tut not. Mehr organisatorische Mitarbeit ist noch nötiger. Die Unternehmer sind auf dem Posten. Je eher und je mehr wir die Wichtigkeit der Arbeiterinnenfrage, insbesondere der Arbeiterinnen-Entlohnung und Arbeiterinnen-Agitation, erkennen und konsequent danach handeln — werden wir unsere Gegner besiegen.

Anna Zammert.

Frauen im neuen Reichstag.

Von 42 Millionen Wahlberechtigten waren 53 Proz. Frauen. Man müßte nun doch annehmen, daß die Anzahl der gewählten Frauen annähernd die gleiche sein müßte. Man wird aber staunen, wenn man hört, daß nur 6,8 Proz. aller Abgeordneten Frauen sind.

Folgendes Bild ergibt sich bei den letzten Wahlen:

	Mai 1924		1928		1930	
	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen
SPD.	100	11	153	20	143	16
KPD.	62	5	54	3	76	13
Staatspartei	28	2	25	2	20	1
Zentrum	65	4	61	3	68	4
Bayer. Volkspartei	16	1	—	—	19	1
Christl. Soziale	—	—	—	—	14	1
DVP.	45	2	45	2	29	1
DNVP.	103	4	73	2	41	2
Nazi	—	—	—	—	107	—
alle übrigen	—	—	—	—	58	—
	472	29	490	32	575	39
	= 6,2 Proz.		= 6,9 Proz.		= 6,8 Proz.	

Man sieht, daß die proletarischen Parteien bei allen Wahlen die höchste Anzahl Frauen als Abgeordnete haben; diesmal schicken sie 29 von 39 Abgeordneten in den Reichstag. Die Christen stehen an zweiter Stelle mit 6 Frauen, und an letzter Stelle kommen erst die Nationalen mit drei Mandaten. Aber die übrigen Parteien mit 165 Mandaten haben nicht eine einzige Frau, wobei die Nazis den Hauptausschlag geben.

Diese Verteilung der Mandate zeigt allzu deutlich, wie der Wind pfeift. Der nationale Mann will die Frau nicht als gleichberechtigt neben sich stehen haben, die Frau soll weiter die Hausarbeiten verrichten, und im übrigen den Mund halten. Ein Sieg der Nationalisten würde ohne weiteres ein Abschaffen des Frauenwahlrechts und der Frauenrechte überhaupt zur Folge haben. Aber nicht nur der Mann ist Schuld an dieser Entwicklung, sondern im gleichen Maße die nationalistische Frau. Sie will nicht an den gesellschaftlichen Pflichten und Rechten teilnehmen, sondern sie überläßt bewußt die Leitung der Staatsgeschicke dem Mann. Sie fühlt nicht das große Unrecht, das ihr im Laufe der Geschichte angetan wurde, sondern sie will weiter „unten" stehen, will weiter sich beherrschen lassen. Dieses Denken ist das typisch kleinbürgerliche, das Sehnen nach dem „Heim", wo die Frau die Kinder gebärt und das Geschirr spült, und wo der Mann der „Herr und Gebieter" ist. Aber außerdem ist diese Einstellung entstanden als Ausdruck des Minderwertigkeitsgefühls gegenüber den fortgeschrittenen Frauen und Mädchen. Die nationalistische Frau fühlt ganz genau, daß etwas in der Welt geschieht, wo sie nicht mitkann, sie sieht, wie andere Frauen in alle Stellungen ihrer Männer eindringen, und wehrt sich mit allen Mitteln dagegen. Allerdings vergeblich, denn die notwendige Entwicklung marschiert unaufhaltsam vorwärts.

Bei Einwendungen gegen das Frauenwahlrecht hört man oft auch von fortgeschrittenen Leuten: Kommt es bei den Gewählten auf das Geschlecht oder auf die Tüchtigkeit an? Können nicht auch Männer die Interessen der Frau gut vertreten?

Dazu ist zu sagen, daß es nicht unbedingt auf das Geschlecht ankommt. Man könnte sich sogar denken, daß kluge Männer die Fraueninteressen voll wahren. Aber ist nicht gerade dieses Sträuben gegen die Emanzipation der Frau ein Ausdruck für das Wollen solcher Männer? Ein Mann, der sich gegen das Frauenwahlrecht wehrt, ist nicht geeignet dafür, die speziellen Fraueninteressen wahrzunehmen. Und es gibt deren sehr viele! Ich nenne nur: Mutterschutz, Kinderfürsorge, Arbeitsschutz der Frau überhaupt, Ehe- und Familienrecht, Erziehung der weiblichen Jugend usw. Aber das nicht nur allein. Man denke nur daran, daß der Weltkrieg nicht möglich gewesen wäre, wenn in allen Parlamenten der Welt genug Frauen gesessen hätten.

Unsere Aufgabe muß es sein, die Frauen, die noch nicht eingesehen haben, um was es beim politischen Wahlkampf geht, hinter dem Ofen hervorzulocken und für uns zu gewinnen.

Walter Plitt.

Was ist unter der Schlüsselgewalt der Frau zu verstehen?

§ 1357 BGB.

Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt.

Der Mann kann das Recht der Frau beschränken oder ausschließen. Stellt sich die Beschränkung oder die Ausschließung als Mißbrauch des Rechtes des Mannes dar, so kann sie auf Antrag der Frau durch das Vormundschaftsgericht aufgehoben werden. Dritten gegenüber ist die Beschränkung oder die Ausschließung nur nach Maßgabe des § 1435 wirksam.

Aus dem Wesen der Ehe ergeben sich eine Reihe von persönlichen Pflichten der Ehegatten untereinander. Obwohl diese Pflichten in erster Linie sittlicher Natur sind, werden diese doch durch das Bürgerliche Gesetz als Rechtspflichten anerkannt. Der Mann hat z. B. die Pflicht, seiner Ehefrau nach Maßgabe seiner Lebensstellung, seines Einkommens und seines Vermögens Unterhalt zu gewähren. Dem steht nicht entgegen, daß auch die Frau gegenüber dem Manne zum Unterhalt verpflichtet ist und zwar dann, wenn derselbe außerstande ist, sich selbst zu ernähren. Die Verteilung der Pflichten der Ehegatten geschieht in der Regel in der Weise, daß der Ehemann die geldlichen Mittel für den Unterhalt der Familie besorgt und die Ehefrau das gemeinschaftliche Hauswesen leitet. Diese Aufgabe kann die Frau aber nur dann erfüllen, wenn sie nicht nur tatsächliche Handlungen, sondern auch gewisse Rechtsgeschäfte ohne besondere Vollmacht des Mannes vornehmen darf. Es ist deshalb der Frau gesetzlich zuerkannt, im Rahmen ihrer Schlüsselgewalt innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu erledigen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob in der Ehe der sogenannte gesetzliche Güterstand oder auch der vertragliche herrscht. Der Ausdruck „Schlüsselgewalt" findet im Gesetz keine Anwendung, trotzdem finden wir ihn noch in der Rechtssprache vor. Die Schlüssel sind schon immer das Zeichen hausfräulicher Gewalt gewesen. Zum Unterschiede vom alten deutschen Gesetze, daß die Ehefrau zur Vornahme von Rechtsgeschäften für die eheliche Gemeinschaft befugte, macht das neue Recht der Frau im Rahmen der Schlüsselgewalt zur Geschäftsführerin und Vertreterin ihres Mannes. Trotzdem ist die Frau auch heute noch nicht als Vertreterin des Mannes im gesetzlichen Sinne anerkannt. Generell läßt sich nicht sagen, welche Geschäfte in den häuslichen Wirkungskreis fallen. Ob ein Geschäft in den häuslichen Wirkungskreis fällt, läßt sich nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und der örtlichen Sitte entscheiden. Das Reichsgericht hat in einer wichtigen Entscheidung ausgesprochen, daß sich die Schlüsselgewalt auf alle den ehelichen Aufwand betreffenden Besorgungen erstreckt, deren besondere Beschaffenheit nach bestehender Sitte auf eine Erledigung durch die Frau hinweist. Darunter gehören allgemein die Ausgaben Beköstigung, Bekleidung, Beheizung und die Ergänzung und Neubeschaffung von Hausgerät aller Art. Auch Geschenke im Verwandten- und Bekanntenkreis sind hierzu zu zählen. Der Abschluß von Miet-, Pacht- und Versicherungsverträgen dagegen ist lediglich Aufgabe des Mannes. Zur Aufnahme eines Darlehns ist auch nur der Mann berechtigt, denn ihm obliegt die Beschaffung der zur Wirtschaftsführung erforderlichen Mittel. Von Bedeutung ist die Frage, ob die Frau eine Zeitung abonnieren darf, die einen Versicherungsvertrag in sich schließt (Zeitschrift). Erfahrungsgemäß erfolgt die Bestellung einer solchen Zeitung nicht des Inhalts, sondern einer möglichen Versicherungsleistung wegen. Da eine solche Zeitschrift den Ehemann für längere Zeit finanziell verpflichtet, kann die Frau eine solche Versicherung im Rahmen ihrer Schlüsselgewalt nicht eingehen. Für die Frage, wann die Frau im eigenen oder im Namen des Mannes handelt, gilt folgendes:

Nach allgemeiner Rechtsregel wird stets Handeln im eigenen Namen vermutet. Im vorliegenden Falle ist gerade das Gegenteil der Fall. Stets handelt die Frau im Namen des Mannes, es sei denn, daß die Frau ausdrücklich erklärt, sich nur selbst verpflichten zu wollen. Mangels einer solchen Erklärung gelten daher alle durch die Frau erledigten Rechtsgeschäfte als für und gegen den Mann erfolgt.

Kauft die Frau ein Kleid und bleibt mit der Bezahlung im Rückstande, so kann der Geschäftsmann mit einer Klage gegen sie keinen Erfolg haben, da er annehmen durfte, daß sie es im Rahmen ihrer Schlüsselgewalt beschaffte. Die Frau ist also von irgendeiner Haftung befreit. Dieser Rechtszustand mag in bezug auf den Gläubiger unbefriedigend sein. Auf Grund der Schlüsselgewalt vermag eine Frau ihren Gatten in eine verhängnisvolle Lage zu bringen, wenn sie in leichtfertiger Weise und wirtschaftlicher Unüberlegtheit Käufe tätigt. Ist dies der Fall, so gibt das Gesetz dem Manne eine Möglichkeit, die Schlüsselgewalt zu beschränken oder sie ganz zu entziehen. Dies geschieht in der Weise, daß der Ehemann die Beschränkung oder Entziehung der Schlüsselgewalt seiner Frau in Gemäßheit des § 1435 BGB. ins Güterrechtsregister eintragen läßt. Ein ganz unzuverlässiger Schutz ist die Deklaration des Willens des Ehemannes im Zeitungsinserat. Einer solchen Willenserklärung kommt nur dann rechtliche Bedeutung zu, wenn dem Kontrahenten der Ehefrau die Kenntnis der Zeitungsanzeige nachgewiesen werden kann. Außer durch Entziehung erlischt die Schlüsselgewalt durch eine Auflösung der Ehe, da dann nicht mehr von einem häuslichen Wirkungskreise gesprochen werden kann. Leben dagegen die Ehegatten nur getrennt, so bleibt die Schlüsselgewalt der Frau bestehen. Dabei macht die Dauer der Trennung keinen Unterschied, z. B. lange Abwesenheit infolge Aufenthalts in einer Heilanstalt und dergl.

pb.

Literarisches.

Jahrbuch 1929 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 397 S., in Leinen geb. 9,50 RM, Organisationspreis 7 RM. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14.

Das neue Jahrbuch des ADGB. ist ein zeitgeschichtliches Dokument, eben weil es nicht Geschichte im landläufigen Sinne des Wortes ist, sondern weil aus allen seinen Kapiteln der zielbewußte Wille einer großen Organisation spricht, die Klarheit gewinnen will über ihren Weg und über das Maß der eigenen Kraft wie über die Stärke ihrer Gegner, mit deren Widerstand sie bei ihren künftigen Aktionen zu rechnen hat. Und es gibt nahezu kein Gebiet des deutschen öffentlichen Lebens, auf dem die deutschen Gewerkschaften nicht erworbenen Besitz zu verteidigen oder Forderungen im Sinne ihrer Staatsauffassung geltend zu machen hätten. Das neue Jahrbuch des ADGB. bestimmt den geschichtlichen Standort der Bewegung und mit ihm zugleich den Ausgangspunkt ihrer künftigen Politik. Jede Seite dieses Berichtes zeugt von der inneren Geschlossenheit ihrer Organisation und beweist, daß es in ihren Reihen kein Schwanken über die Richtung des Weges gibt, den sie zu gehen hat. Die politische Partei, mit der die deutschen Gewerkschaften nicht nur in diesem Wahlkampf, sondern in allen Phasen dieses in seiner Dauer noch nicht abzuschätzenden geschichtlichen Ringens fest verbündet sind, ist ebenso wie sie selbst von den krisenhaften Erscheinungen, von denen die bürgerlichen Parteien und die ihnen nahestehenden wirtschaftlichen Organisationen erschüttert worden sind, völlig frei geblieben. Die innere Kraft, die diese gelassene Festigkeit der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie inmitten der schwankenden Unruhe der politischen Umwelt offenbart, berechtigt zu dem Glauben, daß die politischen Gefahren, von denen das Gefüge der deutschen Demokratie bedroht wird, an ihrem entschlossenen und zielbewußten Widerstand ebenso scheitern werden, wie die fast vergessenen Versuche von 1920 und 1923, auf dem Wege der Ueberrumpelung den Staat über den Haufen zu rennen, den sie geschaffen haben. Sie wissen, daß die Zahl der Gegner größer geworden ist, ihr Kampfwille nachhaltiger und die Front, die sie zu verteidigen haben, breiter. Aber auch ihre eigene Macht ist in diesem bewegten Jahrzehnt der Nachkriegszeit erstarkt, und wenn es auch gefährlich wäre, sich irgendwelchen Illusionen über die Dauer und die Schwere dieses Kampfes hinzugeben, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß der Kampf um den demokratischen Charakter des deutschen Volksstaates auf die Dauer nicht zugunsten der Parteien entschieden werden wird, die Deutschland dem Regiment einer christlich-konservativen Rechten oder dem deutschen Faschismus auszuliefern entschlossen sind, sondern daß dem Staatsgedanken der Arbeiterbewegung, dem Gedanken einer freien sozialen Demokratie deutscher Nation die Zukunft gehört.

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurde gemäß § 14, Ziff. 3a, in Verbindung mit § 14, Ziff. 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Weißwasser: Artur Hubein, Buch-Nummer 1 057 917.

Arbeitsmarkt.

(Inserate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)

Perfekter, lediger Einbohrer auf Bleikristallglas sowie für alle vorkommenden Einbohrartikel, hell und matt, der auch Abpolieren kann, sucht Dauerstellung in einem größeren Betrieb. Anschriften erbeten unter „F. 33" an die Redaktion des „Keramischen Bundes".

Tüchtiger, 22jähriger **Porzellanmaler**, ledig, perfekt in allen Malereiarbeiten, Zeichnen und Schablonenschneiden, sucht eine Stellung. Angebote erwünscht unter „F. 34" an die Redaktion des „Keramischen Bundes".

Tüchtiger **Porzellanmaler, Spezialist für Kobaltbänder** sowie andere Farbbänder, auf rund, oval und viereckig, auch eingearbeitet in Hotelgeschirr, sucht Dauerstellung. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Suchender ist 37 Jahre alt und verheiratet. Angebote sind zu richten an die Geschäftsstelle des Fabrikarbeiterverbandes Marktredwitz, Dürnbergstr. 34.

Zug- und Muffelbrenner sucht in Bierglas- oder Beleuchtungsmalerei Stellung. Bin perfekt in allen vorkommenden Arbeiten. Angebote an die Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes Weißwasser, O.-L., Görlitzer Str. 45.

Hafenmacher für Hafen- oder Wannenöfen, mit langjährigen Erfahrungen, sucht für möglichst bald Stellung. Angebote an die Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes Weißwasser, Görlitzer Straße 45.

UNTERHALTUNG u. WISSEN

Vorher — Hernach.

Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

„Und wenn du auch schlecht von mir denkst", jagten ihre Worte, „so wollte ich doch nicht von dir gehen. Du magst mich hernach wieder wegwerfen, beiseiteschieben . . ."

„Ich liebe dich wie immer, Lisa . . ."

„Du bist weggelaufen, wo . . . wo . . . Ich will nicht mehr daran denken. Ich konnte nicht anders. In mir schrie alles nach dir. Schon in der ganzen Zeit. Du hast es nie gemerkt. Sollte ich dich so von mir gehen lassen? Ich wäre verdorrt."

Er wollte sie an sich ziehen, doch sie riß sich los und sagte mit Tränen in den Augen: „Nicht mehr! . . . Leb wohl, Andreas!"

Er sah ihr nach. Sie wandte sich nicht mehr um und ging mit raschen Schritten der Stadt zu. Jaschu, der an einer Linde lehnte, kam heran. Er legte Andreas die Hände auf die Schultern und sah mit seinen treuen Augen auf den Jungen: „Dein Weg geht anders, Lieber! Aus Sturm und Wetter wird der Eiche das feste Holz. Es trotzt der Axt und dem Arm. Und aus Leid und Weh zimmert der Herrgott die geraden Menschen. Laß dahinten, was dahinten liegt. Mehr wird von dir gefordert. Die Zeit ist danach. Ich sehe es klar vor mir liegen: Die neue Zeit und die andern Menschen. Glaub', was die Muhme Mieka Mosch sagt: Du kommst wieder und ich warte auf dich."

Als der Zug schnaufend abfuhr, hob Jaschu, der die Pelzmütze bis über die Ohren gezogen hatte, grüßend beide Hände in die Höhe und schrie:

„Vergiß nicht auf Worowo!"

Adreas nickte vom Fenster aus.

XVIII.

Langsam und bedächtig, als wäre er kurzatmig, kroch der Zug durch das flache Ostland. Rings breiteten sich die herbstlichen Felder aus. Das satte Grün der Rüben- und Kartoffelfelder konnte die aus den gelbgrauen Stoppelflächen aufsteigende Herbststimmung nicht übertönen. Ganz vereinzelt standen noch Getreidepuppen herum. Fern am Horizont bauten sich die dunklen Waldmauern wie wehrhafte Grenzwälle auf. Auch der Friedrichshammer Forst und die Worowoer Wälder und Hügel waren noch zu sehen.

Das alles war also Heimat. Heimat für irgendwen. Wie Worowo ihm, lag irgendwem dieser oder jener Erdflecken mit Busch und Wald, Feld und Haus am Herzen. Um Teuerstes zu schirmen, war Tausenden der schwere oder unbesorgte Entschluß gereift, die Kriegswaffen zur Hand zu nehmen. Und man zahlte nun seit einigen Wochen mit edler Münze, mit dunklem, purpurrotem Blute.

„Erdel Bist du unersättlich?" fragte er halblaut vor sich hin. Und rasch genug gab er sich selbst Antwort. „Würden wir Worowoer uns scheuen, um wieder auf dem eigenen Feld zu stehen, gegen das Schloß mit geradegeschmiedeten Sensen anzugehen? Würde uns Menschenblut daran hindern können?"

Andreas schüttelte zuletzt die bitteren und bösen Gedanken ab. Er freute sich, daß nach zweistündiger Fahrt die ehrwürdige, alte und wunderfeine Stadt an der Oder, die nach dem ihr von Anbeginn bestimmten Schicksal aus eigenem Können und eigenem Fleiße werden muß, wozu sie bestimmt ist, von fern herüberwinkte. Das unbekannte Bild nahm ihn gefangen. Er bewunderte die vielen hochragenden Türme, die Brandung der Dächer, die geballten Häusermassen. Ihm wurde das Verstehen der andern, rascher und stärker atmenden Welt.

Mit langsamen, ein wenig vorsichtigen Schritten ging er durch die Stadt. Neugierig und verwundert schaute er in das Wasser der Oder, durchpilgerte das Kaiserlor, stand vor dem giebeligen Rathause, dem Male früherer Jahrhunderte und ließ sich zuletzt die alte Kaserne der Grenadiere weisen.

„Kriegsfreiwilliger?" fragte ein stämmiger Bursche.

Andreas nickte.

„Dann haben wir gleichen Weg", gab der Bursche zur Antwort. Und so ging's über den Blücherplatz, durch eine schmale Durchfahrt nach dem Stadtgraben.

„O je!" sagte hier der Weggefährte. „Sehen Sie nur die Menschen. Es wird wieder nichts werden. Ich melde mich schon zum dritten Male. Immer ist man überzählig. Auf einmal ist der Krieg zu Ende und man ist nicht dabei gewesen."

Er wies auf den unübersehbaren Menschenschwarm, der sich vor dem Kaserneneingang angesammelt hatte und nur mühsam durch die Posten zurückgehalten werden konnte.

„So habe ich mir das nicht gedacht", gestand Andreas, und einen Augenblick kam ein Freuen über ihn, daß er, zurückgewiesen, am Abend wieder an der Seilwindergasse stehen und zu einem kleinen Fenster emporpfeifen könne. Dann konnte, nein, dann mußte alles wieder gut werden. Die Menschen drängten und stießen gegen den Eingang. Von Zeit zu Zeit wurde ein Torflügel geöffnet und einige Dutzend der Harrenden und Begeisterten eingelassen. Es war gar nicht abzusehen, wann Andreas und sein neuer Gefährte, Fritz Bruhns, ein kräftiger Zimmergesell, an die Reihe kommen würden. Sie tauschten bekümmert ihre Zweifel aus. Andreas nicht ohne einen dunklen Hintergedanken.

Von der Graupenstraße kam inzwischen eine Reihe von Handwagen, die mit Kommißbroten beladen waren und die von je vier Soldaten in Drillichsachen gestoßen wurden.

„Kein Durchkommen", sagte der erste Soldat und nahm gemächlich den Ziehgurt von der Schulter.

Die Kolonne hielt.

„Wir müssen bis zum andern Tor", mahnte ein zweiter, der den Handwagen von hinten stieß.

„Dann faßt mal mit an, Kameraden!" rief der erste Andreas und seinem Gefährten herüber.

„Sehr gern, aber wir haben keine Zeit zu verlieren. Es kommen immer mehr und wenn wir nicht rechtzeitig herkommen, ist es mit dem Kriegsfreiwilligenspielen zu Ende", erwiderte Fritz Bruhns.

„Dann faßt mit an, dann kommt ihr durch das hintere Tor viel schneller herein. Wir bringen euch dann direkt mit vors Revier zum Oberstabsarzt. Wollt ihr?"

„Dann aber schnell", rief begeistert Fritz Bruhns Andreas zu, streifte sich die Aermel auf und begann, den Handwagen zu stoßen. Andreas überlegte einen kurzen Augenblick, dann sprang er ebenfalls hinter den Wagen.

Am Abend schlief Andreas im Revier der achten Kompanie auf einem königlich-preußischen Militärstrohsack und zog müde, aber zufrieden die blaugestreifte Decke bis zum Kinn herauf. Und drei Wochen später, als den nur halbausgebildeten Rekruten der Regimentsbefehl vorgelesen wurde, daß infolge schwerer Verluste das Regiment sofort fünfzig Leute Ersatz brauche, sprang Andreas als einer der Ersten vor die Front.

Grupe, der schlanke, gewandte und unermüdliche Bataillonsschreiber, der bei der nervenzermürbenden Tag- und Nachtarbeit und dem Versuch, in das erste Durcheinander der Ersatzgestellung Ordnung zu bringen, in wenigen Wochen graue Haare bekommen hatte, freute sich über den strammen Soldaten.

„Gut der Mann!" lobte er gewohnheitsmäßig. „Aber du hast ja noch gar nicht geschossen."

„Eine Uebung, Kopfscheibe, hundertfünfzig Meter, liegend freihändig, fünf Schuß, vier Treffer", meldete Andreas streng militärisch.

„Das geht nicht!"

„Sie haben alle erst eine Uebung geschossen", versicherte der kleine, dicke Feldwebel Langner und holte die Vaste hervor. „Wir haben im ganzen Depot seit dem letzten Transport nur vier Gewehre 98."

Feldwebel Grupe warf einen fragenden Blick auf den Hauptmann Krüger, der das Ersatzbataillon führte.

„Der Mann macht's!" entschied dieser nach kurzem Ueberlegen und fuhr mit einer energischen Geste durch den schneeweißen, strammen Schnurrbart. „Wir müssen den Ersatz noch heute abend abtransportieren. Das Regiment braucht jeden Schwanz. Und das Schießen lernen sie schon noch alle draußen. Was ein rechter Kerl ist . . ." und zu den vorgesprungenen hundert Mann: „Brav, meine Jungs! So ist's recht! Ein Hundsfott, wer dem Regiment Schande macht . . . Suchen Sie die strammsten Kerle aus, Grupe!"

Andreas kam mit zum Transport, auch Fritz Bruhns und Rechtsanwalt Otto Lewinger, Andreas' Nebenmann im Gliede, ein unverdrossener, immer zu Scherz und Sang aufgelegter Kamerad.

„Nun in die Kantine, marsch, marsch!" kommandierte Lewinger. „Das muß erst ernsthaft einmal begossen werden. Wir müssen jetzt statt der Unkultur des rauhen und kümmerlichen Lebens die frommen Sitten und Gebräuche der Frontleute im einschlemmenden Frankreich annehmen. Ohne das unverbrüchliche Gelöbnis unwandelbarer Waffengefährtschaft ist die Zukunft eine Posaune."

„?"

Andreas und Fritz Bruhns wandten ihre fragenden Gesichter dem lustigen Kameraden zu.

„Blech!" erklärte Lewinger mit Ruhe und setzte hinzu: „Nun aber rasch! Es gibt noch allerhand zu tun: Einkleidung. Waffenempfang. Tornisterpacken, Stammrolle unterschreiben, bei der Liebsten abmelden, sonstige Beerdigungen . . ."

„Ich hab' keinen Sechser mehr in der Tasche. Das Letzte ging gestern im Schweidnitzer Keller drauf. Als ob ich's geahnt hätte", gestand Fritz Bruhns mit bekümmertem Gesicht ein. „Da war so ein Mädel . . . Augen hat die gehabt und auch sonst noch so allerhand an sich . . ."

„Ich habe eingeladen", versicherte Lewinger. „Du kommst doch mit, Andreas, du Raubschütze und Schmuggler aus dem unaussprechlichen Grenznest Honolulu . . .?"

„Worowo!" verbesserte sehr ernst Andreas.

„Da bist du sterblich!" lenkte Lewinger kleinlaut ein.

Sie setzten sich in der Kantine an einen Ecktisch.

„Und?" fragte der Wirt hinter der Theke.

(Fortsetzung folgt.)

40 Jahre deutsche Volksbühnenbewegung.

In diesen Tagen konnte die Berliner Volksbühne auf eine 40jährige erfolgreiche Arbeit, die der kulturellen Auflockerung und Freiwerdung der deutschen Arbeiterschaft diente, zurückblicken. Da dies aber nicht nur ein Ereignis von lokaler Bedeutung ist, so muß dieses Jubiläum gleichzeitig als das 40. Jubiläum der deutschen Volksbühnenbewegung überhaupt angesehen werden. Von Berlin nahm sie ihren Ausgang, und in Berlin wurden vor 40 Jahren die ideellen und organisatorischen Grundlagen jener gewaltigen Kulturbewegung des deutschen Proletariats gelegt, die heute aus der Kulturgeschichte des deutschen Volkes, der modernen Volkserziehung und der Theaterkultur nicht mehr fortzudenken ist. Hervorgegangen ist die Volksbühne aus jenem kleinen illegalen Debattierklub „Alte Tante", der im Anfang des Jahres 1890 mit Bruno Wille, dem Vorkämpfer der jungen Dichter des Naturalismus, Verbindung suchte, um gemeinsam eine Möglichkeit ausfindig zu machen, die auch den Arbeitern Gelegenheit geben sollte, der aufbrechenden Bewegung eines neuen Kultur- und Kunstwillens, der Wahrheit und Freiheit auf seine Fahnen geschrieben hatte, Mitstreiter und Mitarbeiter zu werden. Schon im März 1890 veröffentlichte Bruno Wille, vom Vertrauen, das ihm diese Arbeiter entgegenbrachten, beglückt, und von der Dringlichkeit des Vorschlages im Tiefsten überzeugt, jenen denkwürdigen Aufruf im „Berliner Volksblatt" (dem heutigen „Vorwärts"), der der erste pionierhafte Vorstoß zur Gründung einer Freien Volksbühne aus der Kraft und dem kulturellen Eroberungswillen der Arbeiterschaft gewesen ist. Darauf folgte am 8. August des gleichen Jahres in einer Versammlung im Böhmischen Brauhaus in Berlin, die von 2000 Menschen besucht war, die Gründung des Vereins. Mit einer „öffentlichen deklamatorischen Vorlesung des Herrn Oberregisseurs Hütter" wurde am 17. September 1890 die Tätigkeit des Vereins eröffnet. Im Berliner Ostendtheater, in der Großen Frankfurter Straße (dem heutigen Rosetheater), fand am 18. Oktober 1890 die erste geschlossene Theatervorstellung statt. Ibsens sozialkritisches Stück „Die Stützen der Gesellschaft", der den Sieg der jungen Dichtung des Naturalismus heraufbeschwor, wurde gespielt. Richard Dehmel hatte zu dieser ersten Eröffnung einer kulturellen Großtat der bisher nur im politischen Kampf bewährten Arbeiterschaft (annähernd 1½ Millionen Stimmen hatte gerade die Sozialdemokratie erobert) einen Prolog gedichtet, der von ihm selbst gesprochen wurde. Dehmel, der übrigens auch einige Zeit der Leitung des Vereins angehörte, hatte wie viele Dichter, Kritiker und Theaterfachleute am Ende des vorigen Jahrhunderts, die Vertreter einer damaligen radikalen Literatur waren, wie Otto Brahm, der unvergeßliche Führer einer neuen Theaterkultur, Gerhart Hauptmann, Otto Erich Hartleben, Hermann Sudermann, Heinrich und Julius Hart u. a., die Anfänge eines praktischen Idealismus durch begeisterte Anteilnahme unterstützen helfen. Von Anfang an war wahre Demokratie das aufbauende Prinzip der Bewegung, das sich auch in technischer Beziehung durch das noch nicht erprobte System einer Platzverlosung und durch den geringen Eintrittspreis von 50 Pf. kundtat. Diese erste Theatervorstellung, die sich die Arbeiterschaft, von denen wohl viele zum ersten Male von der Gewalt eines künstlerischen Erlebnisses berührt wurden, selbst ermöglichte, ist ein Ereignis von kulturhistorischer Bedeutung. Denn damit bewies sie, daß sie auch auf dem Wege war, parallel zu der politischen und wirtschaftlichen Rechtseroberung auch den Anspruch an den Gütern der Kultur, die ihr durch die Macht des Obrigkeitsstaates und des Besitzbürgertums vorenthalten wurde, zu erkämpfen. Obwohl ohne großen Aufwand an prominenten Darstellern und Regiemitteln gespielt wurde, ist der beeindruckende Ernst und die Hingabe von vielen Zeitungen, von der Oeffentlichkeit anerkannt und sogar begrüßt worden. Ein Teil der bürgerlichen Presse glaubte zwar, was vorauszusehen war, durch oberlehrerhafte Ueberheblichkeit die Bedeutung unterschätzen zu müssen, ein anderer sah darin [illegible] eine sozialdemokratische Provokation. Ferner bezweifelte man auch, daß es vor allem Arbeiter waren, die diese Vorstellung füllten. Der Berichterstatter der „Münchener Allgemeinen Zeitung", der behauptete, „nur einen" wirklich echten Proletarier gesehen zu haben (den er sich wohl nur im Knüpftuch und roter Ballonmütze vorstellen konnte), mußte sich durch die bald darauf erfolgte Berufsstatistik, die bewies, daß etwa 90 bis 95 Prozent der Mitglieder des Vereins Arbeiter waren, eines Besseren belehren lassen. Ein Erfolg von [illegible] viel größerer Wirkung auf Oeffentlichkeit und Presse war die Aufführung von Gerhart Hauptmanns, von der Zensur des kaiserlichen Deutschlands verfolgten Dramas „Die Weber". Otto Brahms „Freie Bühne", eine Vereinigung von Freunden junger Dichtung, hatte das Drama, da die „Freie Bühne" einem Verein gleichkam, in einer geschlossenen Vorstellung uraufführen dürfen. Oeffentlich durfte es seinerzeit nicht gespielt werden. Aber es bleibt ein unbestreitbares Verdienst der beiden Volksbühnen (schon 1892 hatte sich von der „Freien Volksbühne" mehr aus persönlichen und politischen als aus sachlichen und künstlerischen Gründen, wie Bruno Wille aussagt, die „Neue Freie Volksbühne" abgespalten), „Die Weber", die dann 1893 aufgeführt wurden, einem größeren Publikum erobert zu haben. Dieses von sozialer und menschlicher Tragik erfüllte Drama ist der deutschen Arbeiterschaft unauslöschliches inneres Besitzgut geworden. Es zeugt von dem ungeheuren Tat- und Opferwillen der Mitglieder, wenn die „Weber"-Aufführung nicht zuletzt durch die Sammlung freiwilliger Beiträge ermöglicht wurde. Beide Vereine, von denen die Freie Volksbühne, die auch in Franz Mehring einen vortrefflichen Führer gefunden hatte, die ungleich größere war (sie zählte seinerzeit schon 5000 Mitglieder), sich aber im wesentlichen nicht von der Neuen Freien Volksbühne unterschied, haben den gleichen Anteil an dem triumphalen Erfolg.

Der Aufbau der Berliner Vereine, die produktive, zündende Idee der gestellten Aufgaben, haben auch auf die Arbeiterschaft im Reiche beispielhafte Wirkungen verursacht. 1892 wurde in Köln mit der gleichen Pionierarbeit begonnen. Im gleichen Jahr auch in Hamburg, wo vor allem die lokale Freidenkerbewegung den Grundstock bildete, und in Adolf Sonn einen unermüdlichen Vorkämpfer hatte. Gerhart Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang" war das Debüt. Adolf Sonn unternahm auch 1894 in Kiel, eine Parallelvereinigung zu Hamburg zu schaffen. Der Gründung des Hannoverschen Vereins, tief in der Arbeiterbewegung verwurzelt, in der der Mechaniker Engelhardt Vorsitzender wurde, folgte 1898 München.

Durch die besondere Initiative des verstorbenen, langjährigen, unvergeßlichen Vorsitzenden der Berliner Volksbühne, Georg Springer, und durch die opferwillige Bereitschaft der Berliner Arbeiter wurde zu Beginn des Krieges durch die Neue Freie Volksbühne das Haus am Bülowplatz, Deutschlands schönstes Theater, wirklich ein Theater des Volkes, errichtet. Dieser imposante Bau ist ein Zeichen der kollektiven Kraft und des sozialkünstlerischen Willens der Arbeiterschaft. 1920 kam es zur Wiedervereinigung der beiden getrennt marschierenden Vereine, und 1920, nachdem der Zusammenbruch und die Liquidierung des kaiserlichen Obrigkeitsstaates die trotz imposanter Erfolge immerhin noch gebundenen Kräfte zur größeren Freiheit und zur größeren Entfaltung freigemacht hatte, wurde auch die Gründung des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine, der in diesen Tagen auf eine zehnjährige erfolgreiche Tätigkeit stolz sein kann, eine notwendige Tat. Aus den im Verband zusammengeschlossenen 20 Vereinen ist seitdem die gewaltige Bewegung der 306 Volksbühnengemeinden mit 500 000 Einzelmitgliedern erwachsen. Die kulturelle und propagandistische Kraft der Volksbühnenidee durchlief das ganze Reich. Fünf Wanderbühnen trugen gute Kunst und den Geist eines gemeinwirtschaftlichen Theaters, dem alle, die zu ihm gehören wollen, Miterfüllte, Mitträger sind, bis in die kleinsten Orte. Hundert Zeitschriften unterstützen die Arbeit der Bewegung. Sie wurde auch Vorbild für die Gründung und den Aufbau ausländischer Organisationen. So sind Volksbühnengemeinden in Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien, in der Tschechoslowakei entstanden, die sich in diesen Tagen zu einer Volksbühneninternationale zusammenschlossen. Ueber das Theater hinaus ist die Volksbühnenbewegung auch bemüht, Musik, bildende Kunst, Tanz, Literatur, Film und Funk ihrer ungeheuren segensreichen Arbeit und Wirkung einzubeziehen. Sie hat dem deutschen Theater durch das Beispiel einer bewußten Theaterpolitik, durch den Reichtum ihrer ideellen Grundlagen, durch die Bekämpfung der Starwirtschaft gangbare Wege gewiesen. In Kurt Baake, Dr. Siegfried Nestriepke, Prof. August Ziegler, Robert Breuer besitzt sie Persönlichkeiten von ausgeprägter Wesensart, die die Bewegung führen. Hunderttausende gleichstimmige Herzen bezeugen einen kulturellen und sozialkünstlerischen Aktivismus, der schon heute eine Macht ist und immer der Zukunft gehören wird.

Walther G. Oschilewski.

Es ist falsch!

zum Schutze gegen kalte Füße doppelte Strümpfe anzuziehen, wenn der Stiefel so eng ist, daß durch die doppelten Strumpflagen der Fuß zusammengepreßt und der Blutumlauf in ihm gehindert wird.

Es ist falsch, seine Kinder auf den Mund zu küssen, schlimmer, sie von fremden Leuten auf den Mund küssen zu lassen. In dem einen wie in dem anderen Falle können Infektionen übertragen werden, und den Kindern macht diese Küsserei meist keinen Spaß.

Es ist falsch, mit dem Tragen einer Brille so lange wie möglich zu warten. Das Gegenteil ist richtig: die rechtzeitige und die richtige Wahl einer Brille ist ein Schutz zur Erhaltung des Sehvermögens.

Es ist falsch, ein Kind allein in einem Raum zu lassen, in dem ein offenes Feuer brennt

Es ist falsch, sich gegen Kälte durch viele Unterkleidung zu schützen. Besser sind Oberkleider, die man nach Bedarf ablegen kann.

Es ist falsch, Kindern ungewaschenes Obst zum Essen zu geben. Das Waschwasser, in welchem die Früchte vom Schmutze gesäubert wurden, würde niemand seinen Kindern zum Trinken geben, so schmutzig wie es ist. Warum aber das Obst, auf dessen Oberfläche noch der Schmutz saß?

Es ist falsch, im Schlafzimmer zu rauchen; man müßte denn dafür sorgen können, daß das Zimmer nachher noch gehörig gelüftet wird.

Es ist falsch, mit Kranken allzu viel medizinische Gespräche zu führen oder ihnen gar von gleichartigen Krankheiten zu erzählen, die andere gehabt und die schlimm geendet hätten.

Es ist falsch, bei Ertrunkenen und Erstickten die künstliche Atmung frühzeitig einzustellen. Oft kommt erst nach mehreren Stunden künstlicher Atmungsarbeit das Leben zurück.

Es ist falsch, eine Wunde mit den Fingern zu berühren oder das auf ihr geronnene Blut abzuwaschen. Im ersteren Falle kann es zu einer Infizierung der Wunde kommen, im zweiten Falle bildet das geronnene Blut eine Schutzdecke gegen Infizierung.

Verlag: Hermann Grünzel; verantwortlich für den Inhalt: Edwin Neuninger; beide Charlottenburg, Brahestraße 2–5. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.